

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: ... Einzelne Nummer 6 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Freitag, den 28. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Der Rückgang der Geburten als Vorwand für arbeiterfeindliche Maßnahmen.

gh. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist im Anschluß an die Mitteilung, daß Erhebungen über die Ursachen des Geburtenrückgangs angeordnet sind, auf die Leutenot und die Abwanderung in die Stadt als eine jener Ursachen hingewiesen worden.

Daß die Junker über diesen Plan entzückt sind und darin wieder einmal eine „patriotische Tat“ erblicken, ist begreiflich. Die Herren hoffen, daß ihnen dadurch billige Arbeitskräfte gesichert werden.

Die Zahlen über die Abnahme der Geburten, so lauten die Ausführungen in dem Regierungsblatt, legen die Vermutung nahe, daß an dem Sinken der Geburtenzahlen in erster Linie die städtische Bevölkerung die Schuld trägt.

Unseren Junkern ist sofort aufgefallen, daß die Ansiedlung auf dem Lande nicht genügt. Notwendig sei, wie sie nachdrücklich betonen, daß die vielleicht mit großen Kosten angeführten Leute auch auf dem Lande bleiben müssen.

Diese Annahme ist aber falsch. Vielmehr hat die Flucht der Arbeiter vom Lande in die Stadt dieselbe Ursache, wie die Abnahme der Geburten, so daß, falls wirklich die Arbeiter, die vom Lande in die Stadt ziehen wollen, gewaltsam auf dem Lande festgehalten werden sollten, die Geburten in diesen Familien so selten werden müßten, wie es jetzt in der Stadt der Fall ist.

Mit Recht ist bereits darauf hingewiesen worden, daß sich ein Rückgang in der Zahl der Geburten schon bei vielen Völkern gezeigt hat, und daß er dann auch nicht durch Zwangs-gesetze aufgehoben werden konnte. Die Bemühungen, die Zahl der Geburten wieder zu steigern, sind gescheitert, weil die Ursache der Geburtenabnahme nicht zu beseitigen war.

Hiermit scheint die Tatsache im Widerspruch zu stehen, daß bei einem Volke mit größeren Geburtenzahlen nicht die reichsten, sondern die ärmeren Leute die meisten Kinder haben. Aber diese ärmeren Leute sind trotz ihrer ärmlichen Verhältnisse in der Lage, eine größere Zahl von Kindern zu erziehen. Ja, für sie gilt bis zu einem gewissen Grade der Grundsatz: je mehr Kinder, desto mehr verbessern sich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern.

Dies hat sich aber auch auf dem Lande immer mehr geändert. Für die ärmeren Leute wird es immer schwerer, die notwendigen Gebrauchsgegenstände zu beschaffen. Das Land ist teurer geworden und steht nicht mehr in dem Umfang wie früher den ärmeren Leuten zur Verfügung.

Der Rückgang der Geburten ist ein Zeichen für die Verarmung der Bevölkerung. Die Ursachen sind vielfältig, aber die wichtigste ist die Abwanderung der Arbeiter in die Städte.

schlechteren Aussichten für die Zukunft, die jeden zwingen, möglichst viel als Rückhalt zu erübrigen. Daher müssen auch die Leute auf dem Lande — und nicht nur allein die allerärmsten — sehr sparsam selbst mit den Nahrungsmitteln sein und, so viel es irgend geht, zu Geld machen.

Und dies auch dann, wenn die Leute auf dem Lande bleiben. Die schwierigen Verhältnisse auf dem Lande werden nicht im geringsten erleichtert dadurch, daß die Arbeiter, die sich nach besseren Verhältnissen sehnen und diese in der Stadt zu finden hoffen, gewaltsam auf dem Lande gehalten werden.

Der Rückgang in der Zahl der Geburten ist ein weiteres Zeichen dafür, daß die jetzige Ausbeutungswirtschaft sich selbst die Grundlage untergräbt, auf der sie ruht. Sie schließt die für den Kapitalismus unentbehrliche Zunahme in der Zahl der Geburten aus.

Der einzige Ausweg aus diesen Schwierigkeiten ist der, daß es den Arbeitern wieder ermöglicht wird, eine größere Zahl von Kindern zu ernähren und sich ungestört des Glückes zu erfreuen, das ihnen ihre Kinder bieten. Dies ist aber nur durch die sozialistische Regelung der gemeinsamen Arbeit zu erreichen, durch die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, durch die Versorgung des arbeitenden Volkes mit allem, was es für sich und die heranwachsende Jugend braucht.

Suffragettes und Arbeitervertreter.

London, 26. Juni. (Sig. Per.) Eine aufregende Szene, die man nur beobachten kann und in der Genossin Lansbury die Hauptperson war, spielte sich gestern im Parlament ab. Es handelte sich um die gefangenen Frauenrechtlerinnen, die einen Hungerstreik inszeniert haben, um die Regierung zu zwingen, sie als politische Gefangene zu behandeln.

Lansbury: Man redet von Protesten! Es ist das schändlichste Ereignis in der Geschichte. Von Ihnen sollte die Geschichte berichten, daß Sie unschuldige Frauen solteten. Ich sage, Herr Präsident, es ist schändlich, daß der Premierminister dieses Landes diesen Frauen sagt, daß sie aus dem Gefängnis spazieren können, wenn er gut genug weiß, daß sie es nicht können.

Lansbury ging dann auf seinen Platz zurück und der Präsident forderte ihn auf, das Haus zu verlassen. Er antwortete darauf: „Ich gehe nicht hinaus, während diese verächtlichen Dinge geschehen, während man Frauen peinigt, mochtet oder zum Wahnsinn treibt.“

Der Präsident drohte darauf mit der Anwendung schärferer Mittel, wenn Lansbury das Haus nicht verlässe. Nachdem ihm

sein Kollege Crooks eine Weile zugeredet hatte, besorgte er auf einen Wink Macdonalds die Weisung des Präsidenten.

Der Vorfall wird das Ansehen der parlamentarischen Arbeitervertretung, von der der temperamentvolle Lansbury eines der tätigsten und bestbelegten Mitglieder ist, sicherlich nicht heben. Zu einer Zeit, in der Hunderttausende im Londoner Hafen hungern und um ihr Recht kämpfen, in der die Polizei, wie die Zeugenaussagen vor der Untersuchungskommission bekunden, die Frauen und Kinder der Streikenden in Notherhilfe brutal mißhandelt, in der duhnde Arbeiter wegen geringfügiger Streikvergehen im Gefängnis schmachten, gibt es doch wahrlich andere, wichtigere Dinge, über die man sich aufregen kann, als die Not der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die übrigens von der Regierung viel, viel zarter behandelt worden sind, als zum Beispiel Arbeiterführer wie Tom Mann und Bowman.

Woher soll das führen, wenn sich Arbeitervertreter mit den Interessen der Frauen identifizieren, die durch ihre Aufführung den Gegnern des Frauenstimmrechts nur Material zur Vereinfachung der Behauptung liefern, daß das weibliche Geschlecht keine Ahnung von der Tragweite seiner Handlungen hat und deshalb für die Ausübung des Stimmrechts nicht reif ist?

Der Krieg.

Die Massendefertion in Albanien.

Konstantinopel, 27. Juni. Die Gerüchte, wonach vier Bataillone in der Gegend von Monastir desertiert seien, werden nicht bestätigt. Bisher sind desertiert: In Monastir 4 Offiziere und 180 Soldaten, in Perlepe 2 Offiziere und 85 Soldaten, in Dardana 2 Offiziere und 25 Soldaten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni 1912.

Die bayerische Regierung auf dem Kriegspfade.

In der Abgeordnetenkammer des bayerischen Landtags proklamierte am Donnerstag der Minister des Innern den Grundsatz, daß ausgesprochen zielbewußte Sozialdemokraten zu Bürgermeistern nicht befähigt werden dürfen.

Der Zentrumsvorort v. Frankestein sollte der Erklärung des Ministers Beifall, wollte aber von einer Unterscheidung zwischen zielbewußten und nicht zielbewußten Sozialdemokraten nichts wissen.

Knachdrücklich bekämpfte auch der liberale Professor Gunt her diese ausnahmerechtliche Behandlung der Sozialdemokraten und wandte sich auch gegen die Ordnungsruufe des Präsidenten. Di

Die Infections-Gebühr

Beträgt für die sechsgeborenen Familien... Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Gewerkschaftliches.

Die neue Aussperrung der Metallarbeiter.

Die streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter in Hannover...

Das Abstimmungsresultat ist den Unternehmern mitgeteilt worden...

Am Mittwoch hielten auch die ausgesperrten in Magdeburg...

Die genaue Zahl der ausgesperrten hat sich noch immer nicht feststellen lassen...

Natürlich versuchen die Unternehmer auch, nach Kräften durch die ihnen verfügbare bürgerliche Presse die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen...

Die Unternehmer versuchen, die ihnen drohenden finanziellen Schädigungen nach Möglichkeit abzuwehren...

Berlin und Umgegend.

Unternehmermoral.

Der sogenannte "Interessenverband der Gastwirte" in Berlin hatte, wie wir seinerzeit mitteilten, durch ein in den Betrieben seiner Mitglieder aufgehängtes Plakat...

Herr Eilan, Generaldirektor der "Berliner Hotelgesellschaft" (Zentralhotel) und Vorsitzender des Interessenverbandes, erklärte, daß das ominöse Plakat zurückgezogen werde...

Vor einigen Tagen lief bei der Berliner Gewerkschaftskommission ein Schreiben ein, in dem mitgeteilt wurde, der oben bezeichnete Beschluß sei aufgehoben...

Bekanntmachung.

Der Interessenverband des Gastwirtsberufes und verwandter Betriebe verfolgt laut Statut unter anderem den Zweck...

Die in diesem Verbands zusammengeschlossenen Firmen sehen sich demgemäß verpflichtet, ihrem Personal bekanntzugeben...

Damit fällt für die Berliner Arbeiterschaft der Grund eines Eingreifens zunächst fort. Es wird sich nun zeigen, ob es die Herren vom Interessenverband mit ihren Beschlüssen halbwegs ehrlich meinen...

Berlin, Redakteur: Albert Koch, Berlin. Inverantwortlich...

Achtung, Kleber (Tapetierer)! Wegen Tarifbruch ist die Firma Vogge, Innsbrücker Straße 19, gesperrt.

Die Bauarbeiter aller Berufe werden darauf aufmerksam gemacht, daß jeder zu tarifmäßigen Preisen arbeitende Kleber im Besitz einer grauen Kontrollkarte mit Angabe der betreffenden Arbeitsstelle sein muß.

Der Tarif der Jalousiearbeiter

Stößt bei den Kleinmeistern fast überall auf Widerstand. Die gegängten Erwartungen, daß die Kleinmeister den Tarif anerkennen und einfließen werden, sind nicht befriedigt worden.

Sur Lohnbewegung der Friseurgehilfen ist zu berichten, daß die tarifstreuen Meister eine Vereinigung zur Aufrechterhaltung des Tarifes, zur Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises usw. gegründet haben.

Bei dem Versuch der Friseurgehilfen, sich in eine Lohnbewegung einzutreten, bei den Vorbereitungen wird "bewegt", wenn die Mitglieder wieder bald alle geworden sind.

Die Fleischhacker Ernst Kronbühl, Thüringerstr. 88, Friedrich Bauer, Walterstr. 66, Karl Pfund, Bergstr. 74, Emil Friedrich, Walterstr. 18 und W. Witte, Kaiser-Friedrich-Str. 80, haben den Tarifvertrag anerkannt.

Fleischerboikott Reutköln.

Die Fleischhacker Ernst Kronbühl, Thüringerstr. 88, Friedrich Bauer, Walterstr. 66, Karl Pfund, Bergstr. 74, Emil Friedrich, Walterstr. 18 und W. Witte, Kaiser-Friedrich-Str. 80, haben den Tarifvertrag anerkannt.

Deutsches Reich.

Der Verband der Töpfer und Verlagsgenossen Deutschlands

blickt am 1. Juli d. J. auf sein 20 jähriges Bestehen zurück. Der Töpfer, das Organ des Verbandes, weist im Leitartikel seiner neuesten Nummer auf dieses Jubiläum hin und streift dabei kurz den Entwicklungsgang der Organisation innerhalb dieser beiden Jahrzehnte.

Erfolgreich beendete Lohnbewegung bei der Schwedisch-Stettiner Dampfergesellschaft.

Der Deutsche Transportarbeiterverband und der Zentralverband der Maschinen- und Heizer haben für das gesamte Schiffpersonal der Schwedisch-Stettiner Dampfergesellschaft eine erfolgreiche Bewegung durchgeführt.

Wozu die Reichsversicherungordnung erhalten muß!

Eine besondere Auffassung von einigen Bestimmungen der Reichsversicherungordnung hat die bekannte Firma Loeser und Wolff, Zigarettenfabriken in Elbing und Braunsberg, die in ihren Betrieben ein krammes Regiment führt und da sie sehr geringe Löhne zahlt, nur zu gern die Ausbreitung der Organisation zu verhindern sucht.

Sinne des § 189 der Reichsversicherungordnung. Das ist natürlich nicht der Fall, denn ein klares Recht auf Krankenunterstützung steht seinem Mitglied zu.

Schließlich begründet der Firmeninhaber seine Maßnahmen damit, daß er der Simulation vorbeugen will. Der ordentliche Tagelohn für erwachsene weibliche Arbeiter ist in Elbing 1,80 M.;

Im Ministerrat teilte Handelsminister David mit, daß die Reeder das angebotene Schiedsgericht abgelehnt hätten mit Ausnahme der Messageries Maritimes.

Paris, 27. Juni. (B. L. V.) In der Deputiertenkammer trat der sozialistische Abgeordnete Douifon-Marseille für eine Resolution ein, die dahin geht, das Flaggenmonopol aufzuheben.

Paris, 27. Juni. (B. L. V.) In der Deputiertenkammer trat der sozialistische Abgeordnete Douifon-Marseille für eine Resolution ein, die dahin geht, das Flaggenmonopol aufzuheben.

Verfammlungen.

Die Stellung der polnischen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus

lautete das Thema einer vom letzten Berliner Wahlkreise einberufenen politischen Versammlung, über das Landtagsabgeordneter Julian Vorchardt referierte.

In der Diskussion sprachen mehrere Polen. Einer bedauerte, daß von den 188 000 polnischen Arbeitern in Berlin nicht mehr in die Versammlung gekommen seien.

Letzte Nachrichten.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Köslin.

Köslin, 27. Juni. (Eig. Telegr. des "Vorwärts.") Bei der heutigen Stadtratsverordnetenwahlen wurde Genosse Baumann mit 568 gegen 531 bürgerliche Stimmen als sechster Sozialdemokrat gewählt.

Um die demokratische Präsidialkandidatur.

Baltimore, 27. Juni. (B. L. V.) Der Nationalkonvent hat in der Angelegenheit der angebotenen Mandate von Süddakota zugunsten Wilson gegen Clark entschieden.

Das Urteil im Prozeß Paterno.

Rom, 27. Juni. (B. L. V.) Am 10 Uhr abends fällen die Geschworenen das Urteil gegen den ehemaligen Kavallerieoberst Paterno, der am 2. März 1911 die Hofdame der Königin, Trigona, getötet hat.

Klosteridylle.

Kennes, 27. Juni. (B. L. V.) Die hiesige Polizei ist dahinter gekommen, daß in dem früheren Ursulinerinnenkloster in Konfort, das nach der Eingliederung der Kirchengebiete dem Staat gehört, allnächtlich wilde Orgien gefeiert werden.

Der Schapiroprozeß.

Darmstadt, 27. Juni. (Privattelegr. des „Vorwärts“.)

Den breitesten Raum nimmt heute die Verhandlung über die Fälle Kinkel und Pabel-Wagner ein, in denen Frau Schapiro vor-

Frau Schapiro gibt vom Fall Kinkel folgende Darstellung: Seitens der Kriminalpolizei hatte sie den Auftrag, die Mainzer Zeitungen nach den darin befindlichen Annoncen wegen „Frauentropfen“, „Huisstodungen“ durchzusehen. Auf Veranlassung des Kriminalkommissars Kinkel, dem Stellvertreter des Polizeirats, schrieb die Assistentin auf eine solche Annonce hin eine Karte des Inhalts: „Bitte teilen Sie mir gütigst mit, ob die Tropfen helfen und woraus sie bestehen. Antwort unter N. v. S. Discretion erbeten.“ Diese Karte war aber bei der Beförderung durch das Polizeibureau irrtümlich in einen weißen Polizeibriefumschlag gesteckt und durch einen Polizisten zugesellt worden, so daß Kinkel merkte, woher die Anfrage kam. Er beantragte bei der Polizei Ermittlungen nach dem Briefschreiber, um diesen wegen Verleitung zu einem Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Nun war auf dem Polizeibureau ein Brief in Not. Die Assistentin mußte dann zu dem Kinkel gehen und ihm sagen, die Karte wäre in einer Zelle ihres Fürsorgeheims gefunden und irrtümlich an ihn weiter gegeben worden. Auf den Vorhalt des Vorstehenden, daß dies ein Verbrechen wie hier, andere hereinfallen zu lassen, doch nicht gutgeheßen werde, erwiderte die Assistentin, solche Uebung besäße bei der Polizei in vielen Städten. Die Polizeiaffistentin Henriette Kinkel habe auch schon solche Briefe geschrieben. Diese Kollegin habe die Kompetenz, die Zeitungen nach solchen Anzeigen durchzusehen. Denn viele Frauen und Mädchen würden damit ausgebeutet und dann später unter Umständen noch bestraft. Auf Veranlassung des Polizeirats vernahm er die Assistentin nicht mehr an solchen Polizeifällen zu beteiligen.

Ueber den Fall Pabel-Wagner berichtet die Assistentin: Von einem Darmstädter Arzt kam die Anregung, die Spur nach einer Hebamme zu verfolgen, die sich in Briefen nach Darmstadt zu Abtreibungen empfohlen hatte. Die Spur führte zur Wagner. Es habe sich darum gehandelt, festzustellen, was die W. vornahme, ob sie Mittel gibt oder einen Eingriff vornimmt. Der Kommissar Kinkel rief, eine fremde Person hinzuzufügen; so sei es gekommen, daß die Pabel verhaftet wurde, die sich damals im Heim der Assistentin befand. Das Dienstmädchen, das auch sofort bereit gewesen sei, wurde instruiert, worauf es ankam und daß es die Frau nicht an sich herankommen lassen sollte. Die weiße Frau antwortete auch dem Mädchen, sie gebe nichts ein, oder es müsse einige Tage aus dem Dienst bleiben. Bei der dann vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden Instrumente und Mittelchen aufgefunden. Die Assistentin betont, es habe sich auch in dieser Sache nicht darum gehandelt, eine Person in Verführung zu führen, sondern Feststellungen in einer kriminellen Angelegenheit zu treffen. Ihr Anwalt, Rechtsanwalt Wewersberg, konstatiert, daß dieser Fall nicht im Material Gericht und dort war, sondern erst von der Assistentin dem Weigeordneten bei dessen Untersuchung mitgeteilt wurde. Der Angeklagte Kinkel will in dessen in seiner Unterredung mit dem Oberbürgermeister über die beiden Fälle gesprochen haben. Auf die Frage des Vorstehenden bemerkt die Assistentin noch, daß sie damals Keuling im Amt war und darum annehmen mußte, ihre Vorgesetzten wußten, was sie anordnen durften. Vertretiger Justizrat Bernheim: Ist Ihnen bekannt, daß das Reichsgericht Ihr Verfahren in diese Sache in der allerhöchsten Weise mißbilligte und als fälschlich verwerflich bezeichnet hat? Frau Schapiro: Das ändert doch nichts an der Tatsache, daß auch auf anderen Polizeiamttern solche Uebung besteht. Festgestellt wird noch, daß das Dienstmädchen Pabel bei der W. einen falschen Namen angeben mußte. Der als Zeuge vernommene Kaufmann Kinkel hatte zuerst die Anträge nach den Frauentropfen für ein Konkurrenzmandat angesehen. Er habe stets auf ähnliche Anfragen geantwortet, daß die Tropfen den Zweck hätten, einen schmerzlosen Verlauf der Menstruation herbeizuführen.

Zeuge Kriminalkommissar Kinkel bezeugt, stets so in allen ähnlichen früheren Fällen vorgegangen zu sein. Ein Verbrechen sollte ja nicht probiert, sondern nur ein Tatbestand festgestellt werden. Den begangenen Weg hätte er für zulässig, er würde es in Zukunft genau wieder so machen. Auf Befragen der Verteidigung erklärt der Zeuge, das Urteil des Reichsgerichts in diesem Punkte für auffällig bezeichnen zu müssen. Als Vorsteher der Gesundheitspolizei könne er nur sagen, er werde diese Praxis weiter so handhaben, bis seine Vorgesetzten das verbieten. Erst kürzlich sei von einer hohen Behörde eine Instruktion ergangen, die der Kriminalpolizei zur Pflicht macht, sich weibliche Vertrauenspersonen zu sichern. Für die beiden Fälle trage er die Verantwortung. Dem Kinkel seien auch von auswärtigen Polizeibehörden ähnliche Anfragen ganz unabhängig voneinander zugegangen. Die Firma habe darauf Antwort gegeben, die als entgegengesetzt gelten durfte. Als der Zeuge sich über die Person des Kinkel auslassen will, wird er von dem Vorstehenden unterbrochen, er sei aber dennoch, daß Kinkel 12 Jahre Zuchthaus gehabt habe und als ein gemeingefährlicher Mensch zu betrachten sei. Bei ordentlichen Geschäftseuten pflege die Polizei nicht so vorzugehen. Speziell zum Fall Pabel-Wagner hebt der Zeuge noch hervor, es habe sich bestätigt, daß die W. eine gefährliche Abtreiberin sei, sie habe morgen wiederum wegen dieses Verbrechens in zwei schweren Fällen vor dem Mainzer Schwurgericht.

In einem weiteren Fall hatte die Assistentin zwei Mädchen vorgeladen, gegen die von einer für einwandfrei geltenden Quelle eine Anzeige des dringenden Verdachts der Gewerkschaftsgeheimhaltung vorlag. Die Mädchen hatten die Behauptung entkräftet in Abrede gestellt. Die Mutter der Mädchen versprach der Assistentin, zehn Mark für ihr Fürsorgeheim zu stiften, wenn es ihr möglich sei, die Verurteilung zur Anzeige zu bringen. Frau Schapiro hat für erklärt, daß sie ebenso, wie sie gegen Schlechtigkeiten vorgehe, auch gern mithilfe, einen falschen Verdacht zu beseitigen. Die Sache stellte sich als eine Unschuldige Verurteilung heraus. Die Verurteilung wurde bestrast. Auf Zureden ihres Vorgesetzten hat die Assistentin die versprochenen zehn Mark angenommen. Zu diesem Fall wurden auf Antrag des Justizrats Bernheim die Protokolle verlesen, in denen die Personen die Anzeige erstatteten. Justizrat Bernheim beachtete nämlich, im Plädoyer darzulegen, daß die Art der Amtsführung der Polizeiaffistentin nicht richtig und tatsächlich für alle, die mit ihr zu tun hatten, sehr gefährlich gewesen sei, und daß die Amtsführung unzulässig war.

Der Fall, in dem die Assistentin verurteilt, die Mieten von Vorderhäusern zu drücken, wird allseitig als geklärt betrachtet und auf Zeugenvernehmung verzichtet. Sodann kam ein weiterer Fall vor, in welchem sich die Assistentin als Anwärterin angeboten haben sollte. Nach der Befragung der Witwe aus Kassel, bei der sich das Ereignis abgespielt hat, war die angebliche Anwärterin

der Assistentin nicht identisch. Die Zeugin hatte das Verbrechen verursacht, als man sich in ihrer Wirtschaft über die Angriffskartell gegen die Assistentin unterhielt. Ähnlich ist der folgende Fall. Zu der Witwe Sch. kam ein Mädchen, das sich als Theaterdame ausgab, um eine Wohnung zu mieten. Ein Gast habe dabei gesagt, das scheint die Assistentin gewesen zu sein, um zu splonieren. So sei das Verbrechen weiter verbreitet worden. Endlich wird noch ein Fall geklärt, in welchem die Assistentin angeblich widerrechtlich eine Festnahme vorgenommen haben soll. Die Mutter des Mädchens bezeugt aber heute, daß sie selbst die Assistentin ersucht hat, die Tochter aus erster Ehe in Schutzhaft zu nehmen, bis ein Unterkommen für sie gefunden worden sei.

Die Fortsetzung der Verhandlung findet Montag statt. An diesem oder dem folgenden Tage hofft man endlich zum Schluß der Beweisaufnahme zu kommen.

Stadtverordneten-Versammlung.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 27. Juni 1912, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Nischelet eröffnet die Verhandlungen nach 5 1/2 Uhr. Während der Ferien (Juli und August) werden die Geschäfte der Versammlung bis zum 20. Juli dem Vorsteher Nischelet wahr- genommen werden; für den Rest der Ferien werden ihn die anderen Vorstandsmitglieder vertreten.

Der Festlegung eines Wohnungsplanes für das Stadt- gebiet zwischen der Reichsbildergrenze gegen Rein- dorf und Königliche Forst Tegel, der Otavi-, Müller- und Londoner Straße nach dem Magistrats- entwurf vom Dezember 1911 hat der eingesezte Sonderausschuß zugestimmt; ein Antrag, die für die Nebenstraßen vorgesehene Breite von 22 Meter auf 30 Meter zu verringern, um mehr Frei- stäche zu gewinnen und den Höfen mehr Licht und Luft zuzuführen, hat keine Mehrheit gefunden, nachdem festgestellt war, daß ein gesetzlicher Zwang zur Freistellung dieser zwei Meter von der Wohnfläche nicht ausgereicht werden könne. Auch die Entwürfe von Verkehrs- und Fluchtlinienfestsetzungen mit der Terrain-N.-O. „Müllerstraße“ und der Boden-N.-O. „Berlin Nord“ hat der Aus- schuß genehmigt. Referent ist Stadtd. Körte (Fr. Fr.).

Stadtrat Düring sucht in längerer Ausführung darzulegen, daß und warum es für dieses Gelände nicht möglich gewesen sei, den neuesten Bestrebungen auf dem Gebiete des Städtebau- wesens Rechnung zu tragen. Weiter berührt er eine der Ver- sammlung heute seitens eines der interessierten Anlieger zuge- gangene Beschwerde, die die Behauptung aufstellt, daß mit ihm über den neuen Wohnungsplan überhaupt nicht verhandelt worden sei. Das sei irrig; es sei früher mit ihm verhandelt worden, aber eine glückliche Einigung habe schon damals sich als aus- sichtslos erwiesen.

Stadtd. Leub (N. L.) erklärt demgegenüber die Behauptung des Beschwerdeführers Justizrat Esbach nach seiner Kenntnis der Akten für begründet und beantragt Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß.

Stadtrat Düring gibt Kenntnis von dem ihm zur Verfügung stehenden Aktenmaterial und erklärt die Herbeiführung einer vor- herigen Einigung mit allen Interessen für unmöglich.

Stadtd. Dr. Rothmann (Fr. Fr.) wird zwar mit seinen Freunden der Vorlage zustimmen, hält aber die grundsätzlichen Bedenken gegen die Festlegung von Wohnungsplänen ohne jede Rücksicht auf die neueren Anschauungen durchaus für begründet und ist erfreut, daß nach den Erklärungen im Ausschusse wenigstens für die Zu- kunft Hilfe geschaffen werden soll.

Nach weiterer Diskussion, an der die Stadtd. Stapf (N. L.), Kuhlmann (Fr. Fr.), Stadtbaurat Krause und Stadtrat Düring teilnehmen, erklärt

Stadtd. Gwals (Soz.): Wir stimmen für die Vorlage, da die Stadt sich hier in einer Zwangslage befindet. Die heutige Diskussion ergibt auch, daß mit dem betreffenden Interessenten Verhandlungen geführt worden sind, den Magistrat also kein Vor- wurf trifft.

Die Vorlage gelangt zur Annahme.

Darauf unterbricht der Vorsteher die Verhand- lungen, um an den Oberbürgermeister eine Ansprache zu rich- ten, in der er unter lebhaftem Beifall der Versammlung in warmen Worten die Verdienste des Oberbürgermeisters Kirchner wür- digte und dem allseitigen Bedauern über sein Scheiden Ausdruck verlieh.

Oberbürgermeister Kirchner: Ob ich den Gelobnissen, die ich ablegte, als ich am 18. Februar 1893 an dieser Stelle für die Stadt Berlin durch den Oberbürgermeister Jelle in Pflicht genommen wurde, durch die Tat entsprechen habe, das hat die Bürgerschaft, das haben vor allem Sie, jetzt und in Zukunft, zu beurteilen. Nach strenger Selbstprüfung kann ich die Versicherung abgeben, daß ich zu jeder Zeit darum bemüht gewesen bin. Durch die Zeit meiner Amtsführung hat mir die Versammlung wiederholt Beweise ihres Wohlwollens und ihres Vertrauens gegeben, insbesondere im ver- gangenen Jahre bei meiner Wiederwahl zum Oberbürgermeister, und in der letzten Zeit durch die Beschlüsse anlässlich meines Ueber- tritts in den Ruhestand. Der Vorsteher-Stellvertreter hat schon am 15. Mai ehrende Worte bezüglich meiner Person ausgesprochen; das gleiche ist heute von dem Herrn Vorsteher geschehen in einer Weise, die mich beschämt. Seien Sie versichert, ich empfinde auf das Allerwärmste für diese Anerkennung, dieses Wohlwollens und diese Ehrungen das Gefühl des Dankes, und das wird nicht er- löschen in meinem Herzen bis ans Ende meiner Tage. Heute aber ist es mir ein inniges und lebhaftes Bedürfnis des Herzens, Ihnen den innigsten und lebhaftesten Dank auszusprechen. Lassen Sie mich meine Amtsführung schließen mit dem Wunsche, daß echter Bürgerinn in Bürgerschaft und Versammlung nicht aufhören möge, dann wird die von uns allen so geliebte Stadt Berlin, mit der ich ja als Ehrenbürger in Verbindung bleibe, auch in ersten Tagen ihre weitere glückliche Entwicklung nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf fährt die Versammlung in ihrer Tagesordnung fort. Die Vorlage wegen teilweiser Erneuerung und Erweiterung der Kanalisations-Tumulation IV (Scharnhorststraße), Kosten- einschlag 690 000 M., hat der niedergesezte Sonderausschuß nach zweimaliger Beratung mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt und schlägt vor, den Magistrat um eine anderweitige Vorlage zu er- suchen, bei welcher der Anrieh der Pumpen anstatt durch Diesel- motoren durch Elektromotoren erfolgt. Das Referat erstattet Stadtd. Dr. Paul (N. L.).

Stadtbaurat Krause bedauert noch nachträglich, daß er den Ausschußverhandlungen nicht hat beizuwohnen können. Er betont, daß nach neueren Anschlüssen infolge Erlöschens von Patenten usw. die Anlagekosten sich um 170 000 M. für die Dieselmotoren ver- mindern, während andererseits auch der elektrische Strom etwas billiger geworden sei. Alles in allem verdiene der Magistrats- antrag hier unbedingt den Vorzug. Auch tue Eile not; es sei die höchste Zeit, die zum Teil schon seit 1878 arbeitenden Maschinen zu erneuern. Daß der Wert der mit Dieselmotoren billiger sei, könne nicht bestritten werden.

Stadtd. Dr. Leub (N. L.) empfiehlt den Ausschuh Antrag, der eine Ersparnis von immer noch einer Viertelmillion ermöglicht. Man solle doch auch das Ergebnis der Verhandlungen mit den B. G. abwarten, das sicher auch eine weitere Verbilligung der Elektrizität mit sich bringen werde. Die vorhandene „Vorlage“ könne eine überflüssige Annahme der Vorlage nicht motivieren. Stadtd. Reimann (Soz.): Nach reiflicher Ueberlegung sind wir zu dem Entschluß gekommen, uns der Auffassung anzu-

schließen, die unsere Sachverwaltung und der Magistrat beizieht. Wir werden daher für die Vorlage stimmen.

Mit knapper Mehrheit wird der Ausschuh Antrag abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Stadtd. Direktor Glagel (Fr. Fr.) berichtet darauf über die Vorlage, durch welche Nachbewilligungen von Mehrkosten für vier städtische Bauten beantragt werden. Der Ausschuh hat die Nach- bewilligung empfohlen, aber zugleich eine Resolution vorgeschlagen, wonach in Zukunft Nachbewilligungen durch besondere Vorlagen in jedem Einzelfalle nachgesetzt werden sollen, wenn sie erhebliche Beträge erreichen.

Ohne Debatte wird demgemäß beschloffen.

Der Petitionsausschuß beantragt Ueberweisung an den Magistrat zur Berücksichtigung hinsichtlich der Petitionen

- 1. der Anwohner der Pullitzstraße um Freigabe des Bogens 4 des Brücken-Kampfbauers, Referent: Stadtbaurat Grundwald (Soz.);
- 2. der Witwe Marie Fiedler, Kreuzstr. 15, um Erlass von 200 M. Grundsteuer und Kosten für das Haus Wiener Str. 54a;
- 3. des Lehrerkollegiums der 30. Gemeindefschule betr. geräumiges Pflaster in der Gartenstraße.

Gegen den Ausschuh Antrag zu 1 wendet sich Stadtbaurat Krause, der das Bedürfnis der Freigabe bestritt.

Stadtd. Leub (N. L.) hält es dagegen für äußerst bedauerlich, daß von den dort aufgeführten 8 Bogen nicht weniger als 7 gesperrt seien, während ursprünglich versprochen wäre, dem Bauwerk einen vielschichtigen Charakter zu geben. Der Ausschuh habe einstimmig Berücksichtigung empfohlen.

Auch Stadtd. Gwals (Fr. Fr.) beklagt, daß der Verkehr von einer Straßenseite zur andern derzeit unterbunden ist. Er beantragt Verabgung, da man am nächsten Sonnabend Gelegenheit zur Beschichtigung habe.

Stadtd. Grundwald (Soz.) hält letzteren Vorschlag für un- zweckmäßig, man solle heute Beschluß fassen, damit werde die Freigabe des Verkehrs eventuell eher erreicht werden.

Mit großer Mehrheit wird der Ausschuh Antrag an- genommen.

Die anderen Vorschläge des Petitionsausschusses finden ohne Diskussion Annahme.

Der Magistrat legt die halbjährliche Uebersicht über die

Klassenfrequenz der Gemeindefschulen

nach dem Stande vom 1. Mai 1912 zur Kenntnisnahme vor.

Stadtd. Leub (Soz.): Auch die Zahl 55 als Höchstbesetzung der untersten Klassen halten wir noch für viel zu hoch; wir haben unseren gegenteiligen Standpunkt immer zum Ausdruck gebracht und müssen auch heute wieder darauf drängen, daß diese so unvor- teilhaft hohe Frequenzmaximalzahl weiter herabgedrückt wird, zumal diese Ziffer in einer Reihe von Klassen noch über- schritten wird und bis auf 60 hinaufgeht. Trotz einiger kleiner Er- leichterungen, die eingetreten sind, bleibt immer noch recht viel zu tun. Wenn man uns immer wieder entgegenhält, daß man ja im Endziel mit uns einig sei, daß aber nur langsam vorgegangen werden könne, daß nach der Statistik auch tatsächlich ein erheblicher Rückgang der Frequenz erfolgt ist, so müssen wir entgegen, daß gerade diese Statistik keine starke Beweiskraft hat. Im Renteum sind die Schulen sehr viel schwächer besetzt als die große Mehrzahl der Klassen in den Schulen an der Peripherie. Auch auf den Rück- stand der immer noch recht zahlreichen Mietschulen müssen wir erneut hinweisen; noch heute befinden sich

466 Klassen in Mietschulen.

Die Berliner Lehrerschaft hat vollkommen recht mit ihrer Be- hauptung, daß gerade dieses Mietschulwesen schwere Schäden für die Erziehung und Unterweisung der Berliner Volksschulkinder im Gefolge hat. Es muß rascher mit Reformen vorgegangen werden.

Finanzielle Rücksichten dürfen dabei nicht ausschlaggebend sein; die Stadt Berlin darf die Kulturaufgaben nicht leiden lassen. Es darf auch nicht dahin kommen, daß sich die Stadt Berlin von der Regierung ein Remutheugnis ausstellen lassen muß, indem diese sie zur Beseitigung des Mietschulwesens anhält.

Wir haben Mietschulen, in denen bei großer Kälte der Unter- richt ausfallen mußte! An unsere Bauverwaltung richte ich das dringende Ersuchen, an den nötigen Schulbauten mit aller- größter Beschleunigung zu arbeiten. In der heutigen Vorlage finden wir die auffällige Erscheinung, daß eine ganze Reihe von Schulen in Roabit zwei oberste Klassen haben und daß diese obersten Klassen außerordentlich gut besetzt sind. Welche Gründe bestehen für diese an sich natürlich sehr erfreuliche Erscheinung?

Diese sämtlichen Schulen liegen in Roabit und in demselben 18. Schulinspektionsbezirk. Für eine Klärung dieser Erscheinung wären wir dankbar. Eine weitere Auskunft wäre uns erwünscht über das Stadium, in welchem sich jetzt die Frage des Mietschulsystems befindet. (Beifall.)

Stadtschulrat Dr. Fischer: Daß unsere Klassenfrequenzver- hältnisse ungünstig sind, kann ich nicht zugeben. Die Durch- schnittsbesetzung ist abermals zurückgegangen, auf 42, 40. Die untersten Klassen sind seit 1900 von 70 auf 55 Frequenz herunter- gebracht worden. Nur 171 von den 5205 Klassen haben eine höhere Besetzung aufzuweisen. Das ist der Fall insbesondere bei den katholischen Schulen, deren Schülerzahl neuerdings sehr zugenom- men hat. Sobald die nötigen Räume vorhanden sind, werden die Klassen geteilt. Andernfalls halten wir es für zweckmäßiger, bis etwa 80 hinaufzugehen, als fliegende Klassen einzurichten. Die Mietschulen halten wir auch für einen nicht ausreichenden Ersatz.

Die Schulverwaltung tut, was sie kann, um neue Schulhäuser zu bekommen. Wichtig ist, daß in der Anton- und Gothenburger Straße wir in sehr ungünstige Verhältnisse kommen werden, wenn sich die Bauverwaltung nicht sehr beeilt. (Hört! hört!) Die be- sondere Erscheinung im 18. Schulkreis ist leicht zu erklären. In Roabit besuchen auch Kinder aus besserstellten Familien die Gemeindefschulen. Wenn der neue Lehrplan genehmigt sein wird, dürfte der Uebelstand zweier Klassen nebeneinander beseitigt werden können; wir werden dann von der dritten Klasse an M- und O-Klassen einrichten.

Stadtd. Gwals unterbreicht die Beschwärze des Stadtd. Leub über die nicht rechtzeitige Fertigstellung von Schulbauten; der Magistrat solle bei der Bauverwaltung nachdrücklich einwirken. (Beifall.)

Die Uebersicht wird zur Kenntnis genommen.

Von dem Vermächtnis von 2000 M., welches der Major, Ge- heimrat und Verwaltungsratsmitglied a. D. Giesler von Cronow, der Stadt Berlin unter der Bedingung ausgelegt hat, daß die Zinsen so lange zum Hospital zu schlagen sind, bis dieses den Betrag der städtischen Schulden erreicht, ist schon Wirt- schaft gemacht worden. Von dem gedachten Zeitpunkt an dürfen die jährlichen Zinsen bis zur Hälfte verbraucht werden. Der Magi- strat hat die Annahme des Vermächtnisses beschloffen.

Stadtd. Solms (Fr. Fr.) meint, es sei dem Testator nur darauf angekommen, sich auf billige Weise einen ewigen Namen zu machen; weiter habe es ja doch keinen Zweck. Man solle das Legat ab- lehnen.

Stadtd. Ladeberg schlägt sich dem Korrekturen Kirchweg an. Stadtd. Grund (Soz.): Auch ich und sind Stimmen laut ge- worden, welche das Legat für zweifelhaft erklärten; aber Kollege Kronow hat ausgerechnet, daß man in 300 Jahren bei 4 Proz. doch 250 Millionen herausbekommen könne (Gelächter). Wir vergebens und durchaus nichts, wenn wir ein solches Vermächtnis annehmen.

In diesem Beispiel hat der Geschenkgeber vielleicht zeigen wollen, welche kolossale Wirkung Geld haben kann, wenn es auf Zinseszins angelegt wird. Wir wollen jedenfalls unseren Ur-Krankeln die Freude, die ihnen der Stifter machen will, nicht verderben.

Unter großer Heiterkeit wird der Magistratsantrag mit erheb- licher Mehrheit angenommen.

Auf Grund des Gesetzes vom 7. August 1911 hat der Magistrat Bestimmungen für die Beschulung blinder und taubstummer Kinder in Berlin ausgearbeitet. Als Entgelt für auswärtige Schüler der Berliner Blinden- und Taubstummen-Schule sollen wie bisher 200 M. jährlich erhoben werden.

Die Bestimmungen finden ohne Debatte Annahme. Zu den Kosten einer 8-10tägigen Studienreise der Berliner Typographischen Gesellschaft und des Berliner Faktorenvereins nach Wien und Budapest wird städtischerseits ein Beitrag von 500 M. bewilligt.

Die über die Ringbahn im Zuge der Schönhauser Allee führende Brücke will der Magistrat bei dem bevorstehenden Umbau um weitere 2,6 Meter, d. h. von 27,3 auf 29,9 Meter verbreitern lassen, so daß die Straße sich in der zwischen den Vorgartensflächen liegenden Weite über die Brücke fortsetzen würde. Die Kosten der Verbreiterung über 37 Meter hinaus hat die Stadt zu tragen; da die Eisenbahnverwaltung dem Bau ausführt, sollen dieser die erforderlichen 13 000 M. aus dem Voranschusse zur Verfügung gestellt werden.

Stadt. Neumann (A. L.) beantragt Ausschuhberatung. Man müsse doch versuchen, ob nicht ganze Arbeit gemacht, d. h. die Brücke in der vollständigen Breite der Schönhauser Allee angelegt werden könnte.

Stadt. Baumann (Fr. Fr.) will dasselbe Ziel erreichen und empfiehlt in erster Linie Ablehnung der Vorlage.

Stadt. Krause führt aus, daß auch hier wieder ein Haupthindernis beim Eisenbahnfiskus liegt. Allenfalls würde eine Verbreiterung auf 42 Meter zu erreichen sein.

Stadt. Mars (Soz.): Um endlich mit der Sache vorwärts zu kommen und nicht dem Eisenbahnfiskus Gelegenheit zu geben, sie von neuem zu verschleppen, sollten wir, um wenigstens etwas zu bekommen, die heutigen Vorschläge des Baurats akzeptieren.

Stadt. Max Schulz (A. L.): Auch heute kommt man uns hier wieder mit einer „Zwangslage“, weil die Sache eilig sei. Die Nähe der Ferien darf uns nicht abhalten, klar in die Zukunft zu blicken. Für die Verbreiterung der Brücke auf die volle Straßenbreite sind heute 60 000 M. erforderlich; in wenigen Jahren möchten daraus mehr als 100 000 M. geworden sein. Die Frequenz über diese Brücke ist heute schon derart, daß man von einer Rotalage sprechen kann.

Der Antrag auf Ausschuhberatung bleibt in der Minderheit, ebenso der Antrag auf Verbreiterung der Brücke von Vauflucht zu Vauflucht. Angenommen wird schließlich noch ein Antrag Jacobi (A. L.) das Erreichen um eine Vorlage zwecks Verbreiterung auf 42 Meter.

Die Gemeindefschule 21, hinter der Garniskirche, soll ebenso wie die Gemeindefschule 88, Bergstraße, allmählich eingezogen werden.

Stadt. Leib: Gegen die Veseitigung dieser beiden Schulen erhebe ich namens meiner Freunde Einspruch. Sie weisen beide eine Frequenz auf, die wir nur möglichst verallgemeinert wünschen können, und sie ist jedenfalls so, daß die Schulen aufrecht erhalten werden sollten. (Große Unruhe, die das Verständnis der Ausführungen des Redners sehr erschwert.) Die Begründung meint, der Abbau der Schulen werde sich ohne Schwierigkeiten vollziehen. Ich kann das nicht nachprüfen, zumal für diese Nachprüfungen weitere Unterlagen nicht gegeben sind. Es hätte ersichtlich gemacht werden sollen, zu welchen Kommissionsbezirken die betreffenden Schulen gehörten. Mit der Eingliederung solcher Schulen ist eine Reihe Unbequemlichkeiten für zahlreiche Kinder verknüpft.

Die Versammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Für die Beschaffung weiterer 16 elektrisch betriebener Straßenwasmaschinen, die der Magistrat schon jetzt in Auftrag geben will, werden 204 800 M. in den Etat für 1913 eingestellt werden.

Auf dem städtischen Gelände an der Fröbelstraße gegenüber der Sieschenanstalt und dem Obdach beabsichtigt der Magistrat eine

zweite Sieschenanstalt

zu erbauen. Da auch das Obdach in absehbarer Zeit einer Erweiterung bedarf und eine Gemeindeforschule ebenfalls auf diesem Gelände wird errichtet werden müssen, sollen der Danziger Platz und die Fluchtlinien der Gebirgsstraße und eines Teiles der Diefenwegstraße aufgehoben werden.

Stadt. Brunow (A. L.) kann den Plan des Magistrats nicht billigen. Er beweist auf die zahlreichen Gegeneingaben namentlich von Hausbesitzervereinen und beantragt Ausschuhberatung.

Stadt. Mehle (Soz.): Gegen die Niederlegung eines Ausschusses müssen wir uns diesmal ablehnend verhalten. Es handelt sich nicht um Aufhebung eines bestehenden Platzes, es sind dort nur Stöckchen vorhanden. Unglücklich war auch der frühere Beschluß der Anlage der Gebirgsstraße, einer toten Straße, die jetzt bloß ein Schlupfwinkel für unliebsame Elemente ist. Wir sollten heute der Vorlage zustimmen, damit endlich etwas Erspriechliches aus dem dorthigen Terrain geschaffen werden kann. Ausschuhberatung würde die Sache bloß wiederum ein halbes Jahr verschleppen.

Stadt. Max Schulz: Hier sind wir glücklicherweise souverän in unserem Beschluß. Wollen wir da kurzerhand vor den Ferien eine Vorlage erledigen, deren Tragweite viel größer ist, als der Korrektor zugeben will? Durch die Schaffung eines richtigen bebauten Blocks würden wir hier, statt Verkehrsbehinderung zu bewirken, welche schaffen, und zwar womöglich auf ein Jahrhundert hinaus.

Stadt. Dr. Franz: Auf dem Platz befindet sich schon eine Parochenschule. Für die weiteren Bauten, die die Verwaltung plant, bedarf sie des ganzen Platzes. Die Rasterung des Platzes und der Straßen benachteiligt das Verkehrsinteresse keineswegs. Die Einzelvorlagen kommen ja später doch vor Sie; heute soll nur die Grundfrage dafür geschaffen werden.

Stadt. Hoffmann (Soz.): Jede Stadtgegend wird gegen das Obdach protestieren; das wird immer so sein und bleiben. Jemandem müssen die Cobachsuchenden doch untergebracht werden; wir wollen sie doch nicht mit Methylnalkohol besättigen. (Weiterkeit. — Zurufe.) Ich wäre gar nicht dagegen, sie im Schlosse Bellevue unterzubringen; dann würde Berlin W. auch einmal eine Vorstellung vom „Woh“ des Volkes bekommen. Die Annahme der Vorlage verpflichtet zu gar nichts. (Widerspruch.) Ueber die künftigen Bauten und Anlagen wird dadurch nicht entschieden. Wir brauchen Platz zur Erweiterung des Obdachs. Der Erweiterungsbau kommt und Zentralisation wird kaum möglich sein. Geben Sie die Möglichkeit einer neuen Fluchtlinie, dann haben wir bis zum Herbst vielleicht schon die Genehmigung; sonst wird das Obdach lediglich weiter verschleppt. Sie können es ja später ablehnen, auf dem Platz das Obdach oder das Sieschenhaus zu erweitern.

Stadt. Landsberg (A. L.) spricht für Ausschuhberatung. Er plädiert „gerade im Interesse der Ärmsten, dieser armen Leute“, für Zentralisation des Obdachs; man könne ihnen doch nicht zumuten, von der Potsdamer Straße und von anderen weit entfernten Stadtteilen (Weiterkeit) bis zur Fröbelstraße zu gehen. Stadt. Hoffmann: Das Haupthindernis der Gegend ist nicht das Obdach, sondern die Gasanstalt. Dem „sozialeren“ Empfinden des Kollegen Landsberg würde man doch mehr gerecht werden, wenn man in jedem Bezirk ein Obdach errichtete; vielleicht interessieren sich die einzelnen Bezirksvereine dafür. (Große Weiterkeit.) Der Antrag auf Ausschuhberatung wird abgelehnt, der Magistratsvorschlag angenommen.

Erhöhung der Pflegegebühren

für die in Familien untergebrachten Waisenkinder wird vom Magistrat beantragt; sie soll am 1. Juli 1913 in Kraft treten. Von diesem Termin an würde der tägliche Pflegebetrag betragen: für rekonvaleszente Säuglinge 1 M., für Kinder bis zu 1 1/2 Jahren 70 Pf., für Kinder von 1 1/2 bis 2 Jahren 80 Pf., für Kinder von 2 bis 3 Jahren 90 Pf., für Knaben von 3 bis 14 Jahren 45 Pf., für Mädchen von 3 bis 8 Jahren 40 Pf., in Berlin mit Vororten

und Köpenick. Für Mädchen von 6 bis 15 Jahren in Berlin 35 Pf., für Mädchen von 8 bis 14 Jahren auswärts 35 Pf.

Der Magistratsantrag gelangt ohne Debatte zur Annahme. Zum Zwecke der Durchlegung der Lindenstraße bis zum Spittelmarkt sollen die Grundstücke Leipziger Straße 58 und 59, Deutshstraße 14, 15 und 16 enteignet werden, da die Forderungen der zeitigen Besitzer viel zu hoch sind.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung. Nachträglich hat der Magistrat der Versammlung noch eine Vorlage unterbreitet, worin die Zustimmung zu der in dem P a u v e r t r a g mit dem Eisenbahnfiskus über Herstellung eines Anschlußgleises von der Berliner Ringbahn nach dem städtischen Ostbahnhof anzunehmenden Schiedsgerichtsklausel nachgesucht wird. In der Klausel (§ 8 des Vertrages) wird bestimmt, daß alle Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis durch ein Schiedsgericht unter Ausschluß des Rechtsweges zu entscheiden sind. Jede Partei bestellt einen Schiedsrichter und diese beiden wählen den dritten Schiedsrichter als Obmann; kommt diese Wahl nicht zustande, so wird der Obmann vom dem jeweiligen Präsidenten der Eisenbahndirektion Stettin gestellt.

Stadt. Gassel erklärt diese Klausel für eine unerhöhte Zustimmung an die Stadt Berlin. Das Schiedsgericht werde dadurch zu einer reinen Farce. Da die Eisenbahnverwaltung unbedingt auf der Annahme der Klausel bestünde, werde man sich ihr fügen müssen, aber nur mit höchstem Unwillen, Verdruss und Bitterkeit. Es komme ein vitales Interesse der Stadt in Frage; aber nur deshalb, nur angesichts der wirklichen Kollage müsse man sich zur Annahme bequemen. Vor dem ganzen Lande sei zu konstatieren, daß die Anerkennung, die die Selbstverwaltung oft an hoher Stelle finde, mit den Taten der Regierung nicht in Einklang stehe, daß hier vielmehr die Stadt Berlin unter ein laudinisches Joch gezwungen werde.

Stadt. Leib: Auch wir legen entschieden Protest gegen diese ungeheuerliche Zumutung der Eisenbahnverwaltung ein. Letztere hätte es doch sehr viel einfacher gehabt, einfach zu sagen: „Kommen die beiden Kontrahenten in Streit, so entscheidet die Eisenbahnverwaltung.“ (Sehr richtig! Große Weiterkeit.) Die Verwaltung fußt darauf, daß das der Vertrag sei, den sie mit allen Gemeinden schließt. Um so schlimmer; wir könnten uns darauf berufen, daß bei Abschluß des Vertrages wegen der Pulkbrücke Berlin seitens der Eisenbahnverwaltung einige Konzessionen gemacht worden sind. Wenn wir heute in der Entscheidung frei wären, würden wir die Vorlage ablehnen; leider sind wir aber nicht frei, und das bemerkt die Eisenbahnverwaltung, und ihre Bedingungen zu diktieren. Wir müssen also auch die Zwangslage anerkennen, die Vorlage schaden.

Stadt. Dr. Franz: Alle Versuche des Magistrats, die Klausel herauszubringen, sind gescheitert. Durch die Ablehnung der Vorlage würde der Bau weit hinausgeschoben. Ein schwacher Trost ist der, daß diese Klausel überhaupt nicht praktisch werden wird.

Stadt. Rosenow: Auf die Brücke trete ich nicht gern; noch bei jeder Streitfrage mit dem Fiskus sind wir die Leidtragenden gewesen. Eine solche Ausnutzung der Kollage wie hier bezeichnet man im bürgerlichen Leben sonst mit einem sehr drastischen Worte; die Behandlung, die die Stadt hier erfährt, ist geradezu schimpflich.

Stadt. Körte ersucht den Magistrat, dahin zu wirken, daß der preussische Städtetag gegen diese unbegriffliche Verfügung Sturm laufen möge.

Die Vorlage wird angenommen. Mit Worten des Dankes an den Stenographen der Versammlung, Prof. Dr. Ewald Engel, der nach 33-jähriger Tätigkeit heute aus diesem Amte scheidet, schließt der Vorsitzende R i c h e l s e gegen 110 Uhr die öffentliche Sitzung.

Haus Industrie und Handel.

Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts.

Bei der Besprechung der Teuerung des vergangenen Jahres ist von Seiten der Regierung und der Konservativen verschiedentlich geltend gemacht worden, die Teuerung sei nur eine vorübergehende Erscheinung, eine Sichtung Gottes. Nun beeinflusst ungewisshaft der Ernteausfall die Preisbildung der Lebensmittel. Aber mit diesen zufälligen Preisbewegungen würde man sich leichter abfinden, wenn sie wirklich nur vorübergehend das Volk belasten würden. Tatsächlich aber ist die Preissteigerung aller Warenkategorien seit mehreren Jahrzehnten in allen Kulturstaaten zu beobachten. Die Kurve der Warenpreise zeigt bei jährlichen Schwankungen eine ungewisshaft aufsteigende Linie seit Mitte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Die Teuerung ist ebenso wenig wie eine vorübergehende, so auch keine nationale Erscheinung. Nicht nur die europäischen Industrieländer zeigen dauernde Preissteigerungen, auch die Vereinigten Staaten leiden unter derselben Erscheinung. Und zwar verläuft die Linie des Gesamtpreisniveaus in allen Staaten im ganzen in gleicher Weise. An Preisbewegungen und geringen, vorübergehenden Preisentungen sind alle Staaten beteiligt. Dennoch sind natürlich die absoluten Preise für die einzelnen Waren in den verschiedenen Ländern verschieden hoch. So zahlte man für Weizen 1901—1905 in London 131 M., in Deutschland 171 M. Im Jahr 1906/10 stand der Weizenpreis in London auf 160 M., in Deutschland auf 211 M. Weizen sind die Preise in beiden Ländern, aber in Deutschland wird die Steigerung viel drückender empfunden werden, da die absoluten Preise recht hoch, viel höher als in England stehen.

Vergleicht man das Ansteigen der Warenpreise in den einzelnen Ländern genauer, so ergeben sich noch weitere charakteristische Unterschiede. Neben den allgemeinen, dauernden, internationalen Teuerungsdursachen, die in der modern-kapitalistischen Produktion begründet sind, wirken noch Faktoren, die in den einzelnen Staaten von verschiedener Stärke sind. Die Steuer- und Zollpolitik der herrschenden Klassen gehört zu den wesentlichsten dieser Faktoren. Hochzollgebühren, wie Deutschland und Amerika zeigen ein schnelleres Steigen der Preise, als Länder ohne Einfuhrzölle wie etwa England. Bildet man Warengruppen und setzt ihren Preis für die Jahre 1890 bis 1899 gleich 100, so waren die Preise geblieben*):

Getreide	animal. Nahrungsmittel	Kolonialwaren	Textilrohstoffe	Metalle	Brennstoffe
In Deutschland					
1901—05	100	108	102	113	114
1906—10	117	120	106	134	136
1911	114	123	103	132	145
In England					
1901—05	101	104	71	96	120
1906—10	109	111	75	104	135
1911	115	113	97	136	133

Die animalischen Nahrungsmittel z. B. sind in Deutschland von 100 auf 123 im Jahre 1911, in England dagegen in der gleichen Periode nur von 100 auf 115 gestiegen. Das gilt auch für die Mehrzahl der anderen Warenkategorien. Nur Getreide und Textilrohstoffe machen 1911 eine Ausnahme, aber im Jahre 1910 hand die Preissteigerung auch dieser Waren in England hinter der in Deutschland zurück. Scheidet man die verschiedenen statistisch erfassten Preise nach den beiden Gruppen Nahrungsmittel und Rohstoffe, so beträgt 1911 in Deutschland die Steigerung (1890—09 = 100) für Nahrungsmittel 28, für Rohstoffe 36; in England dagegen nur 4 bzw. 29.

*) Diese Ziffern sind entnommen aus: Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts. Von Professor Dr. Franz Gullenburg in Leipzig. Geh. 2,40 M. 96 Seiten. Verlag von W. O. Teubner.

So richtig es auch ist, daß die Teuerung eine internationale Erscheinung ist, so lassen sich dennoch durch die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder bedingte Unterschiede feststellen. Mit allgemeinen Hinweisen auf die Preissteigerungen aller Kulturländer werden die Regierung und unsere Mehrheitsparteien noch nicht von ihrer besonderen Schuld entlastet. Gerade im vergangenen Jahre — und wir leiden noch heute darunter — ist die durch ungünstige Witterungsverhältnisse hervorgerufene Preissteigerung durch den deutschen Zollabschluß verstärkt und auch auf Waren ausgedehnt worden, die von einer Mizernte gar nicht betroffen waren.

Gerichts-Zeitung.

Hausagariertum vor Gericht.

Der Hauseigentümer Ernst Linke in Berlin, Greifswalder Straße 157, hat gegen seinen Mieter, den Genossen Weis und dessen Frau eine Ermittlungsfrage angestrengt, deren Begründung und Ausgang in erster Instanz die Wahlosigkeit der Ansprüche des Hausagariertums und kurzatmigen, schematischen Juristenformalismus zu kennzeichnen geeignet ist.

Weslagter hat eine Wohnung im Hause des Klägers gemietet. Der Vertrag läuft bis zum 1. April 1913. Der Kläger verlangt aber sofortige Aufhebung des Vertrages, weil Weslagter seine vermögenslose Mutter zu sich genommen hat, ohne vom Kläger eine Erlaubnis hierzu eingeholen. Seinen Anspruch leitet er aus dem dahingehenden Wortlaut des § 5 des Mietvertrages her:

„Mieter ist ohne schriftliche Erlaubnis des Vermieters nicht berechtigt, den Gebrauch der Mieträume ganz oder teilweise entgeltlich oder unentgeltlich einem Dritten zu überlassen, insbesondere die Räume weiter zu vermieten.“

An der Einhaltung dieses Paragraphen, meint Kläger, habe er ein erhebliches Interesse. Denn durch das Mitwohnen der Mutter würden die Räume zu sehr abgenutzt. Es liege ein vertragswidriger Gebrauch der Wohnräume vor. Auch sei Weslagter sozialdemokratischer Abgeordneter. Gerade von seiner politischen Partei werde jetzt eine staatsrechtliche Erhebung über die Wohnungsverhältnisse in Berlin veranstaltet, und diese Statistik, soweit sie gebieter sei, bereits jetzt zu heftiger Propaganda, insbesondere gegen die Hausbesitzer, benutzt. Diesen werde die Schuld an dem von den Sozialdemokraten geführten Wohnungselend zugeschoben. Er wolle es nach Kräften vermeiden, daß diese Propaganda — so wenig auch ein einzelner Fall ins Gewicht falle — durch Verschlechterung der Statistik Nahrung erhalte. Der Weslagter bestritt diese Ausführungen und wendete ein, § 5 sei überhaupt nicht verletzt, da keine Gebrauchüberlassung, sondern nur eine Gesattung der Mitbenutzung vorliege. Hierzu sei er aber moralisch und rechtlich seiner alten Mutter gegenüber verpflichtet. Der § 5 verstöße auch gegen die guten Sitten, die vom Kläger bestritten Auslegung des § 5 gegen Frau und Glauben. Das Amtsgericht gab der Klage statt. In den denkwürdigen Gründen heißt es:

„Als gegen die guten Sitten verstößend und damit nichtig kann die Bestimmung nicht aufgehoben werden, obgleich sie wie die meisten Berliner Mietverträge große Härten für den Mieter enthält. Die Bestimmungen geben zweifellos häufig dem Vermieter derartig weitgehende Rechte, daß ihre rigore Ausführung auf Grund des § 133 des Bürgerlichen Gesetzbuches hin nichtig machen kann. Dies trifft hier jedoch nicht zu. Es kann von einem Mißbrauch der durch § 5 des Vertrages gegebenen Rechte seitens des Vermieters hier nicht die Rede sein.“

Es ist gerichtsnotorisch, daß in Berlin seit einiger Zeit eine heftige Bewegung eingeleitet hat, die sich dagegen wendet, daß eine größere Anzahl von Personen in einem Zimmer schlafen oder wohnen, und daß Nebenräume, wie insbesondere die Küche, zum Schlafen benutzt werden. In dieser Bewegung wird die Schuld an diesen zweifellos vorhandenen Zuständen in erster Linie den Wohnungsbauvermietern beigemessen. Es kann dabei gänzlich dahingestellt bleiben, ob diese Bewegung von der sozialdemokratischen oder einer anderen Partei ausgeht, ob Weslagter der Sozialdemokratie angehört und ob die gegen den Wohnungsbau erhobenen Vorwürfe berechtigt oder unberechtigt sind. Man wird aber dem Kläger das Recht zustehen müssen, daß er es nach seinen Kräften vermeidet, dieser Bewegung, die sich mit gegen ihn richtet, Material zu liefern, und dies könnte im vorliegenden Falle wohl sein. Wenn eine Familie von 5 Köpfen 2 Zimmer mietet, so ist eine Unterteilung der Räume in der Weise denkbar, daß die Eheleute in einem Zimmer und die Kinder in dem anderen Zimmer schlafen. Die Unterbringung einer dritten erwachsenen Person bringt dann jedoch bedeutende Schwierigkeiten mit sich und kann der genannten Bewegung für ihre Publikation in den Zeitungen, Aufzügen und dergleichen wohl Material geben. Es ist dem Kläger nicht zu verdenken, wenn er sich dagegen wehrt.“

Da Weslagter trotz Ermahnung des Vermieters somit einen vertragswidrigen Gebrauch der Wohnung fortsetze, die die Rechte des Vermieters in erheblichem Maße verletze, kann Kläger gemäß § 553 des Bürgerlichen Gesetzbuches und § 13 des Vertrages Räumung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist verlangen.“

Das Landgericht hat als Berufungsinstanz jetzt dies Urteil aufgehoben und die Klage abgewiesen, nachdem es sich durch Weislaufnahme davon überzeugt hatte, daß Weslagter seine Mutter in Erfüllung seiner Unterhaltspflicht in seinen Haushalt aufgenommen hat.

Der schematische Formalismus des Amtsgerichts geht über das Wochen Schloß auf seinen Schein hinaus. Denn für Schloß „Recht“ auf ein Pfund Menschenfleisch sprach wenigstens unzweideutig der Wortlaut seines Scheins. Dieses Formaljuristentum müßte folgerichtig auch dazu führen, einen Chemann zu ermitteln, der sich beimommen läßt, ohne schriftliche Erlaubnis des Vermieters die Geburt und das Verbleiben seines Kindes in der elterlichen Wohnung zuzulassen.

Straßenraub?

Dreizeh Diebstähle im Tiergarten und auf offener Straße beschlagnahmten gestern das Schwurgericht des Landgerichts 1. Aus der Untersuchungshaft wurde der früher im Viehmarktkauf angeheft gewesene Krankenpfleger Albert Timpe vorgeführt, um ihn wegen Straßenraubes in zwei Fällen zu verurteilen. — Der Angeklagte hatte, als er anfangs Mai d. J. stellungslos und wohnungslos war, im Tiergarten und am Bundesratsufer zwei Damen die Handtaschen entzogen und war damit geflüchtet. In dem zweiten Falle wurde er auf die Hülfstraße der Liebersollenen von Passanten verfolgt und nachdem man ihn einen kleinen „Lynchjustiz“ unterzogen hatte, der Polizei übergeben. — Vor Gericht machte Justizrat Leonh. Friedmann geltend, daß nicht Raub, sondern nur einfacher Diebstahl vorliege, da zu den Tatbestandsmerkmalen des Raubes immer die Heberwindung eines gewissen Widerstands gehöre, der aber bei den völlig überraschten Bestohlenen nicht vorhanden gewesen sei. Die Verteidigern schlossen sich diesen Rechtsansführungen an, so daß der Angeklagte nur wegen Diebstahls zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Beschwindelung kleiner Geschäftsleute.

Ein gefählicher Schwindler, der circa 60 kleine Geschäftsleute in Berlin, Charlottenburg, Spandau und Köpenick empfindlich geschädigt hat, mußte sich gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts 1 verantworten. Wegen Betruges in circa 60 Fällen war der „Maurer“ Otto Damm angeklagt. Wegen Weisung hierzu hatte sich ferner die Ehefrau Auguste D. und wegen gemeinsamer

Schlezer der Wagenhändler Helmuth Stahe vor dem Strafrichter zu verantworten.

Der Angeklagte Stahe arbeitete mit einem neuen Trieb, auf welchen zahlreiche kleine Geschäftsleute, Kohlenhändler, Gemüsehändler usw. bereingefallen sind. Er erschien bei diesen und gab an, er wohne in der Nähe und sei Kunde. Er erzählte dann, daß er irgend ein Möbelstück, welches er gekauft habe, abholen wolle. Dazu brauche er einen Handwagen. Viele begnügten sich schon mit der Versicherung, daß er den Wagen am Abend wiederbringen werde. Andere verlangten eine genügende Legitimation. Zu diesem Zwecke hatte der Angeklagte Mietvertragsformulare ausgefüllt, nachdem er sich die Namen des Mieters und des Vermieters aus dem Adreßbuch abgeschrieben hatte. Auf Grund dieser „Legitimation“ ließen sich viele Geschäftsleute verleiten, ihre mit Mühe ihrer Ersparnisse mühsam erworbenen Wagen, die sie täglich brauchen, dem Angeklagten auszuhandeln. Die auf diese Weise erschwindelten Wagen verkaufte der Angeklagte sofort an den Mietvertragsbesitzer, der erst in der Luisenstraße und dann in der Scharnweberstraße in Kleinandorf eine Wagenhandlung betrieb. Dieser kaufte die Wagen für einen Schleuderpreis, und zwar mitunter bis zu 5 Stück pro Woche. — Dieses Treiben dauerte mehrere Monate, bis infolge der Warnungen in den Zeitungen ein Händler, bei dem der Angeklagte erschien, dessen Verhaftung veranlaßte. Das Gericht erkannte gegen Stahe auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft, gegen Damm auf 1½ Jahre und gegen die Ehefrau D. auf einen Monat Gefängnis.

Um eine Bahnsteigsperre vor das Schwurgericht.

Aus Halle a. S. berichtet man: Die „formvollendete Schönheit“ unserer Justizpflege wurde wieder einmal beleuchtet durch einen Schwurgerichtsprozeß gegen den Techniker Pröschel von hier. Er war mit einem D-Juge von Nürnberg nach Halle gefahren und hatte bei Durchsicht seiner Drucksachen seine Fahrkarte versehentlich zum Fenster hinausgeworfen. Um durch die Bahnsteigsperre zu kommen, benutzte er eine Bahnsteigsperre im Werte von 10 Pf., die er vorher durchschloß. Bei Abnahme der Karte wurde sein Verbrechen entdeckt. Man stellte ihn zunächst wegen einfacher Urkundenfälschung vor der Strafkammer. Diese erklärte sich aber für unzuständig, da schwere Urkundenfälschung vorzuliegen scheint; ein Verbrechen, das mit Zuchthaus und bei Zubilligung mildernder Umstände mindestens mit drei Monaten Gefängnis bestraft wird. Nachdem dann noch drei Richter, ein Staatsanwalt, ein Rechtsanwalt und zwölf Geschworene sich um die „verfälschte“ Karte die Köpfe angestrengt hatten, kam man zur Preisprechung. Und was mag bei der Voruntersuchung für Gehirnformal verbrochen worden sein? Ist das nicht ein Zeichen einer gründlichen, gesunden und zeitgemäßen Rechtspflege?

Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis

hatte am Dienstag in den Konfordia-Festsälen eine zahlreich besuchte außerordentliche Generalversammlung, die sich mit wichtigen Organisationsfragen beschäftigte. Es handelte sich zunächst um die Schaffung von Ausführungsbestimmungen zum Statut in Verbindung mit der geplanten Einführung des Delegationsystems für die Zusammenfassung der Kreisgeneralversammlung. Es lag der von einer Kommission vorbereitete und von der Kreiskonferenz in zwei Sitzungen festgestellte Entwurf vor, außerdem eine Reihe von Anträgen dazu, die aus den Reihen der Mitglieder gestellt wurden. Die Verhandlungen führten zu lebhaften Diskussionen, die von dem großen Interesse der Mitglieder an der Angelegenheit zeugten. Der § 1, der ohne Änderung in der Fassung des Entwurfs angenommen wurde, besagt:

Der Wahlverein im 4. Reichstagswahlkreis besteht aus den Stadtteilen Ost und Südost und umfaßt das Frankfurter, Straßauer, Petersburger, Landsberger, Kopenicker und Gelliker Viertel. — Jedes Viertel teilt sich in Abteilungen, die bis acht Reichstagswahlbezirke umfassen.

Zu § 2 des Entwurfs wurden verschiedene Anträge aus der Versammlung angenommen und er dann mit den entsprechenden Änderungen zum Beschluß erhoben. Danach regelt § 2 die Auf-

gaben der Bezirksvereine, die ausschließlich in einer Bezirksversammlung zu wählen sind, und die Aufgaben der Bezirksvereinsammlungen, von denen alle Monate mindestens eine stattfinden soll. Aus den Bestimmungen des Paragraphen ist hervorzuheben, daß die Bezirksvereinsammlungen das Recht haben sollen, sich mit Vereinsangelegenheiten zu beschäftigen und hierzu Beschlüsse zu fassen. Diese Beschlüsse bedürfen der Zustimmung des Vorstandes beziehungsweise der Generalversammlung. Diese Maßgabe vorausgesetzt, sollen die Bezirksvereinsammlungen auch das Recht haben, Anträge zu den nationalen Kongressen zu beraten und zu beschließen, sowie die Berichte von diesen Kongressen entgegenzunehmen. Des weiteren sollen die Versammlungen dazu dienen, Aufklärung, Bildung und Geselligkeit zu fördern. Die letzteren Veranstaltungen sind tunlichst einheitlich zu gestalten.

Dann wurde erst die Beratung über § 10 des Entwurfs, dem Kardinalpunkt des Ganzen, vorweggenommen. Es handelt sich um die Regelung des Delegationsystems für die Zusammenfassung der Kreisgeneralversammlung. Nach sehr lebhaftem für und Wider wurde § 10 mit einem Zusatz mit 527 gegen 414 Stimmen angenommen. Er lautet:

Die Besetzung der Kreisgeneralversammlung erfolgt durch Delegierte. Berechtigt und verpflichtet zur Teilnahme sind:

- a) Delegierte, die in den Bezirken zu wählen sind (auf je 20 Mitglieder entfällt ein Delegierter);
- b) der engere Vorstand, die Abteilungsführer, der erste Bezirksführer, die Leiterinnen der Frauenlesende, die Abgeordneten des Kreises und die Mitglieder der vom Kreise eingesetzten Kommissionen. Anträge, welche zur Kreisgeneralversammlung gestellt werden, müssen dem Vorstand vier Wochen vor Stattfinden derselben zugestellt werden. Der Vorstand hat die eingegangenen Anträge rechtzeitig der Kreiskonferenz zu unterbreiten. Der Vorstand hat die Generalversammlung sechs Wochen vorher bekanntzugeben.

Wegen vorgerückter Zeit wurde nunmehr die weitere Verhandlung vertagt. Die Generalversammlung soll zu dem Zwecke am nächsten Dienstag fortgesetzt werden, und zwar soll die Einberufung auf 8 Uhr erfolgen.

Die Lebensverhältnisse als Schicksale der proletarischen Jugend

lautete das Thema einer von der Kinderschutzkommission am Mittwoch einberufenen öffentlichen Versammlung, die sehr gut besucht war. Das Referat hatte Genosse H. Varentin übernommen, der als Vorsitzender der Kinderschutzkommission, auf ein reichhaltiges Material gestützt, ein großartiges, erschütterndes Bild von der Lage der arbeitenden Klasse und im Anschluß hieran von den Mitten der proletarischen Jugend entwarf, die, leicht und freudlos, schlecht genährt, gekleidet, gepflegt, in grauer, trostloser Oede ihre Kindheit verlebte.

Die Folgen dieser Verhältnisse zeichnete der Redner, oft von Zustimmung- und Entrüstungsausdrücken unterbrochen, in beherzten Worten und verlangte einen durchgreifenden und energischen Schutz für die armen Proletarierkinder. Mit kurzen Strichen legte er die Forderungen dar, die die Sozialdemokratie hierzu aufstellt und ließ sein Referat in einem zündenden Appell ausklingen, mit aller Kraft für die Sozialdemokratie und deren Ziele zu wirken. Dann wurde mit der Not des Proletariats auch die Not der Proletarierjugend ergbültig beseitigt. (Großer Beifall.)

Genossin Demming ergänzte die Ausführungen des Referenten sehr wirkungsvoll und unterbreitete der Versammlung nachstehende Resolution:

Die öffentliche, von der Kinderschutzkommission einberufene Versammlung erklärt:

Durch die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird die Jugend des Proletariats körperlich und geistig auf das empfindlichste geschädigt.

Die Versammelten erheben lauten Protest gegen die Vernachlässigung der Kinder und Jugend durch Staat und Gemeinden.

Das Kinderschutzgesetz vom Januar 1904 erfüllt nicht im entferntesten die Ansprüche, an geschlichen Schutz der Kinder, die zur Verhütung vorzeitiger Vernichtung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gestellt werden müssen. Die Versammelten fordern deshalb:

- 1. Verbot jeglicher Erwerbsarbeit schul- und vorerschulpflichtiger Kinder in Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, bei Voten- und Gefinndiensten. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr.
- 2. Herabsetzung der Maximalarbeitszeit für jugendliche Ar-

beiter von 14-18 Jahren auf höchstens 6 Stunden täglich, und Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für beide Geschlechter.

- 2. Schaffung einer Aufsichtsbehörde unter Beteiligung der Arbeiter zur wirksamen Kontrolle des Kinderschutzgesetzes. Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und Heranziehung von Aufsichtspersonen aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen, um einen erhöhten Schutz für die jugendlichen Arbeiter zu ermöglichen.
- 3. Unentgeltliche Speisung und Kleidung der Schulkinder. Unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln und regelmäßige schulärztliche Untersuchung. Förderung der Zahnpflege. Unentgeltliche Behandlung in Krankheitsfällen und Lieferung von Medikamenten und Heilmitteln. Errichtung von Ferien-Erholungsheimen, Ferien-Kolonien, Cool- und Seebädern, Waldschulen und Milchturen. Ausreichende finanzielle Fürsorge für Ziehkinder, Einführung obligatorischer Spiel-, Schwimm-, Turn- und Wanderverbände, Förderung von Schulausflügen und Reisen.
- 4. Fordern insbesondere die Versammelten von der Stadt Berlin für die Uebergangszeit bis zur reichsgesetzlichen Einführung von Kinderschutzbehörden, sofortige Schaffung eines Kinderschutzamtes und die Errichtung von Kinderhorten und Kinderheimstätten.

Die Versammelten geloben, daß sie mit allen Kräften an der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, als der eigentlichen Ursache des Kinderleids und für Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung tätig sein wollen, da nur hierdurch Not, Elend und Ausbeutung, auch der Kinder, ein sicheres Ende bereitet werden kann.

Genosse Christian teilte seine Erfahrungen mit, die er als Kontrolleur der Kinderschutzkommission gemacht hat. So meinte ein Schuhmann, dem er sagte, daß es doch für die Polizei ein Leichtes wäre, die schulpflichtigen Kinder, die des Morgens auf der Straße bei der Arbeit gesehen werden, vor der Ausbeutung zu schützen: ja, dazu seien Sie, die Kinderschutzkontrolleure da!

Genosse Detlow nahm ebenfalls das Wort und hob besonders die schädlichen Wirkungen der Kinos auf die Jugend hervor.

Genosse Sah ist der Meinung, daß wir derzeit den Hebel nicht bei den Kindern, sondern bei den Eltern ansehen und ihnen die Verantwortlichkeit der Kinderarbeit harlegen müssen.

Mit Temperament und Wärme ging auch Genossin Fahrenwald auf die Frage der Kinderausbeutung ein. Jene Eltern, die ihre Kinder dieser Ausbeutung unterwerfen, ohne es unbedingt nötig zu haben, müßten ohne weiteres zur Bestrafung gebracht werden. Aus ihren reichen Erfahrungen teilte sie passende und ergreifende Bilder aus dem Elend der Arbeiterkinder mit. Besonders schlimm grassiert die Kinderausbeutung in den Gegenden, wo der Strassenfang betrieben wird, desgleichen in den Gebieten Thüringens, deren Bewohner ihre Kinder schon im zartesten Alter in die Fron der Heimarbeit zu pressen, durch die Not gezwungen sind. Das alles aber kann uns nicht hindern, energisch mit der Kinderarbeit aufzuräumen. Es gilt, die Aufklärung und Agitation in der entschiedensten Weise zu betreiben, um die gesamten Zustände zu bessern.

Genossin Lohse berichtete von den trefflichen Erfolgen, die die tätigen Genossen und Genossinnen bei ihrer Arbeit zu verzeichnen haben. Nicht die Hoffnung auf die Polizei, sondern auf die eigene Kraft setzen, das sei nötig. Hätten die Eltern der betreffenden Kinder erst gesehen, daß wir es gut mit ihnen meinen und das Beste wollen, so gewonnen wir auch ihr Vertrauen, das habe die Erfahrung gelehrt und bestätigt.

Genossin Heide wünscht, daß zur Agitation und Aufklärung das Referat des Genossen Varentin in Druck erscheinen möge. Für das Eingreifen der Polizei sei sie nicht, besser sei es, ohne diese auszukommen und mit Güte und Ermahnung einzuwirken, um so mehr, als ja doch fast ausschließlich bittere Not die Eltern zur Ausbeutung ihrer Kinder treibe.

Genosse Seiler unterstützte den Antrag der Genossin Heide, die Rede Varentins als Flugchrift herauszugeben. Eine völlige Beseitigung der Kinderarbeit werde es allerdings nicht geben, solange es eine kapitalistische Gesellschaftsordnung gibt. Pflicht aller Proletarierkinder sei es auch, ihre Kinder der bürgerlichen Jugendbewegung fernzuhalten und sie der proletarischen zuzuführen.

Nach einem kurzen Schlusswort Varentins, der erklärte, daß man nicht zu schroff vorgehen, sondern durch Ermahnungen und Vernunftgründe einwirken möge, wurde die Resolution einstimmig angenommen, desgleichen der Antrag Heide.

Ein Triumph der deutschen Schuhindustrie

sind unsere neuen Modelle.

Für Damen & Herren

M. 10⁵⁰

in schwarz & farbig.

Diese Stiefel werden in Rahmen genähter (Goodyear-Welt) Ware oder auf Rand gedoppelt angefertigt. / Sie behalten beim Besohlen ihre ursprüngliche Form und repräsentieren einen erheblichen Mehrwert gegenüber der durchgenähten Ware mit imitiertem Rand.

Für Damen & Herren

M. 12⁵⁰

in schwarz & farbig.

Hauptvorzüge:
Vornehme Eleganz
Neueste rassistische Formen
Gediegenste Qualitäten
Kinder-Stiefel
Auch in Leinen
Ganz besonders preiswert



Leiser

Tauentzienstr: 20 Oraniensstr: 34.
Königsstr: 34 Müllerstr: 3a
Leipzigerstr: 65 Neuköllnbergstr: 7/8
Oraniensstr: 47a Friedenau, Rheinstr: 14

Leinenschuhe / Strand- u. Sportschuhe u. Stiefel
Berg- und Tourenstiefel
Vorschriftsmäss. Turnschuhe / Prakt. Sandalen

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Straßberg O. B. steht uns das Lokal „Waldschlößchen“, Inq. Alfred Forstert, zu den üblichen Bedingungen zur Verfügung. Im Lindenpark in Zehlendorf T. B., Berliner Str. 8, findet am Sonnabend, den 29. Juni, ein Nationalflugpendelfest statt. Es wird bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß außer dem oben genannten Lokal der Fürstenhof mit Stehbierhalle, der Kaiserhof, Potsdamer Straße, und in Rikolassee das Lokal von Geinroth, ebenfalls mit Stehbierhalle, der organisierten Arbeiterkassen nicht zur Verfügung stehen und deshalb streng zu meiden sind. Die Lokalkommission.

Vierter Wahlkreis. Am Dienstag, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den Konfordinaleen, Andreasstraße: Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Neuenhagen (Ostbahn). Sonnabend, den 29. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von O. Bortmann, Bahnhofstr. 27: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre und Neuwahl derselben. 2. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung und zum Parteitag. 3. Verschiedenes.

Tegel. In den Monaten Juli und August ist die Bibliothek des Wahlvereins nur Montag abends geöffnet. Die Bezirksleitung.

Schönebrunn-Schönwalde (Bezirk Panlow). Sonntag, den 30. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet unter freiem Himmel am Görinsee eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Georg Lido „Der Preussische Landtag und seine Junken“. Die Genossen von Panlow wollen mit für guten Besuch der Versammlung Sorge tragen. 1 1/2 Uhr: Abfahrt vom Stadthaus mit der Straßenbahn bis Französisch-Buchholz. Die Agitationskommission.

Bernau. Sonnabend, den 29. d. M., abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Herrn Franz Salemann, Vaddorfer Straße: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. 3. Stellungnahme zum Parteitag. 4. Antrag Konjunktural: Errichtung eines eigenen Bezirks. 5. Vereinsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

hatten gestern die letzte Sitzung vor den Sommerferien. Zu erledigen war noch ein sehr reichliches Arbeitspensum, das aus allerlei im letzten Augenblick vorgelegten Keften sich zusammengeklappert hatte.

Bei zwei Punkten der Tagesordnung kam es zur Erörterung von Schulfragen. Daß die zur Kenntnisnahme vorgelegte Uebersicht über die Frequenz der Gemeindeschulen noch keineswegs ein besonders erfreuliches Bild darbietet, stellte Genosse Leid fest. Er beklagte, daß auch das Uebel der Mietschulen noch immer in großem Umfang sich behauptet, und wies auf die Langsamkeit der Ausführung von Schulbauten hin. An den Magistrat richtete er eine Anfrage, wie es um das Ergebnis der Verhandlungen über das Achtklassensystem stehe. Von Ueberschneidung der Gemeindeschulklassen könne man doch nicht mehr sprechen, antwortete Stadtschulrat Fischer. In der von unserem Redner geforderten weiteren Herabsetzung der Frequenz wollte er eine Gefahr für den Fortbestand des Achtklassensystems sehen. Vom Ergebnis jener Verhandlungen könne er nur mitteilen, daß das Achtklassensystem nicht gefährdet sei. Die Klage über die Bauverwaltung unterstützte der Schulrat. In diesem Punkt schloß sich dann Stadtverordneter Cassel ihm an, doch hielt er es für geraten, die beiden Fragen der Klassenüberfüllung wie des Achtklassensystems nicht weiter zu berühren.

Zur Kenntnisnahme wurde den Stadtverordneten auch die Mitteilung vorgelegt, daß wieder mal zwei Gemeindeschulen aufgelöst werden sollen. Die Stadtverordnetenversammlung hat ja über solche Maßnahmen nicht mitzentscheiden und muß froh sein, daß der Magistrat ihr überhaupt davon Kenntnis gibt. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Leid, daß sie die Einziehung dieser Schulen, deren Frequenz noch immer hoch genug ist, für ungerechtfertigt hält. Stadtschulrat Fischer — schweig.

Von Bedeutung für die nördlichen Stadtteile Berlins waren mehrere Vorlagen, die Änderungen des Bebauungsplanes betrafen. In der Umgebung der Müllerstraße soll der Bebauungsplan nun so gestaltet werden, wie der Magistrat es in seiner Vorlage beantragt hatte. In der Nachbarschaft des Obdachs will der Magistrat den projektierten Danziger Platz samt der Gedikestraße wieder aus dem Bebauungsplan wegstreichen, weil er hier für das Obdach den notwendigen Erweiterungsbau zu errichten beabsichtigt. Die Hausagrarier wehrten sich dagegen, weil das Obdach angeblich den Wirten die Mieter verdrängt. Stadtschulrat Landsberg sprach von seinem „Mitgefühl“ mit den Anwohnern, die er nicht alle bis zur Fröbelstraße hinauslaufen lassen möchte. Die sozialdemokratische Fraktion antwortete ihm mit Gelächter. Genosse Markte und Genosse Hoffmann wiesen auf die Unhaltbarkeit der jetzt dort bestehenden Zustände hin und forderten Annahme der Vorlage. Die Versammlung beschloß so, womit sie aber nur erst die beantragte Änderung des Bebauungsplanes genehmigt hat.

Die Verbreiterung der Straßenüberführung am Ringbahnhof „Schönhäuser Allee“ ist wegen des Baues der Hochbahn notwendig. Wie weit verbreitert werden soll, darüber gingen die Meinungen auseinander. Der Magistrat beantragte, auf etwa 39 1/2 Meter (gegen jetzt 27 1/2 Meter) zu verbreitern, während ein Teil der Versammlung wünschte, daß auch die Brücke die ganze Breite der Schönhäuser Allee gegeben werde. Genosse Mars empfahl die Entscheidung nicht länger hinauszuschieben. Angenommen wurde schließlich ein Antrag, der für die Brücke eine Breite von 42 Meter forderte.

Zu einer scharfen Kennzeichnung der Eisenbahnverwaltung gab eine Vorlage über das Anschlußgleis für den Osthafen den Anlaß. In dem abzuschließenden Bauvertrag ist für etwaige Streitigkeiten ein Schiedsgericht vorgesehen, über dessen Zusammenziehung der Vertrag Bestimmungen enthält, die der Stadt überaus ungünstig sind. Einmütig gab die Versammlung ihrer Entrüstung hierüber Ausdruck. Genosse Leid hob hervor, daß die Eisenbahnverwaltung geradezu die Möglichkeit hat, selber „Schiedsgericht“ zu

sein und nach Gutdünken zu entscheiden. Die Stadt befindet sich aber in einer Zwangslage, darum blieb, wie dem Magistrat, so auch den Stadtverordneten nur übrig, dem Vertrag zuzustimmen.

Diese letzte Sitzung vor den Ferien war auch die überhaupt letzte Stadtverordnetenversammlung, an der Herr Kirchner, der aus seinem Amt scheidende Oberbürgermeister, teilnahm. Der Stadtverordnetenvorsteher Michalek widmete ihm eine phrasenreiche Abschiedsrede, die Herr Kirchner mit einer nüchternen Erwiderung vergalt.

Die Genehmigung der 262 Millionen-Anleihe.

Dem Magistrat ist die von den Ministern des Innern und der Finanzen unter dem 19. d. M. ausgefertigte Genehmigungsurkunde wegen Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber bis zum Betrage von 262 000 000 M. zugegangen. Die Genehmigungsurkunde hat folgenden Wortlaut:

„Mit königlicher Ermächtigung erteilen wir hierdurch auf Grund des § 795 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Artikels 8 der königlichen Verordnung zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom 16. November 1899 der Stadt Berlin die Genehmigung zur Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber bis zum Betrage von 262 000 000 M., in Buchstaben: „Zweihundertzweiundsechzig Millionen Mark“, behufs Beschaffung der Mittel zu Neu- und Erweiterungsbauten der Gas-, Wasser- und Kanalisationswerke, des Schlachthofs und der Markthallen, zum Bau des Ost- und Westhafens, zur Errichtung von Kranen und Anlegung von Ladestraßen, zum Bau der Untergrundbahn Nord-Süd, zum Bau von Straßenbahnen, Brücken und von zwei Straßentunnels, zu Durchlegungen und Verbreiterungen von Straßen, zu Krankenhausbauten, zum Bau höherer Lehranstalten sowie zu Parkanlagen.

Die Schulverschreibungen sind nach dem festgesetzten Muster auszufertigen, mit 3 1/2 Proz. oder mehr, jedoch nicht mehr als 4 Proz. jährlich zu verzinsen und nach den Bedürfnissen des betreffenden Jahres als Anleihe dieses Jahres zu begeben. Sie sind wenigstens mit 2 Proz. des Anleihekapitals unter Zugrundelegung der Zinsen von den getilgten Schulverschreibungen zu tilgen. Die Tilgung soll dergestalt erfolgen, daß alljährlich Schulverschreibungen vom Beginn des auf die Begebung folgenden Rechnungsjahres ab, in Höhe der jährlichen Tilgungsquote angekauft oder zur Rückzahlung ausgetoilt werden, jedoch mit der Maßgabe, daß während der ersten 10 Jahre nach Begebung der Anleihe oder einzelner Anleihehefte die jährlichen Tilgungsquoten zu einem besonderen Fonds angeammelt werden dürfen, der auf Zins- und Zinseszins angelegt und nach Ablauf der 10 Jahre auf einmal zum Ankauf oder zur Auslösung von Schulverschreibungen verwendet werden muß. Außerdem sollen alle bei der Durchführung der Anleihe zweckdienlichen Rückentnahmen zur außerordentlichen Tilgung spätestens innerhalb des auf den Eintritt der Rückentnahme folgenden Rechnungsjahres herangezogen werden, sofern nicht ihre Verwendung zu gleichartigen Anleihezwecken von der kommunalausschüttsbehörde vorher genehmigt worden ist.

Die für die Gas-, Wasser- und Kanalisationswerke bestimmten Ausgabeheften sind untereinander übertragbar, ebenso die Ausgabehefte für die Schlachthof- und Markthallenverwaltung. Bei den Verkehrsunternehmungen wird die Uebertragbarkeit wegen der Beträge für den Bau des Ost- und Westhafens zugelassen. Jede weitere Uebertragung der einzelnen Anleihehefte untereinander oder ihre Verwendung für andere (neue) Zwecke darf nur mit unserer Genehmigung geschehen. Die nähere Bestimmung über die Verwendung der in der Anleihe vorgesehenen 2 Millionen Mark für Krankenzwecke bleibt der Genehmigung des Oberpräsidenten vorbehalten.“

Der Klingelbeutel für den nationalen Jugendpfegeummel. Die edlen Patrioten, welche die Jugend gewaltsam mit nationalen Drahtschlingen einfangen wollen, brauchen Geld. Nach einer wohl zutreffenden Meldung des Woskeblatts ist dem Jungdeutschlandbund „zur Förderung seiner Zwecke“ die befürwortete Genehmigung zu einer in drei Jahresperioden mit jedesmal 150 000 M. Reinertrag zu veranstaltenden Selbstlotterie erteilt worden. Das Los kostet einen Taler, die erste Ziehung ist schon für September festgesetzt. Zu gewinnen gibt's nicht viel, da die unerfülllichen nationalen Taschen das Geld besser brauchen können.

Nach dieser Kraftanstrengung sieht es so aus, als ob die Begeisterung für die nationale Jugendpflege doch recht sehr zu wünschen übrig läßt. Sonst hätte man ja diese neue Anleihe nicht nötig. Es ist selbstverständlich, daß kein Sozialdemokrat den Jungdeutschlandbund durch Kauf eines Loses zu obiger Lotterie unterstützen darf. Von sozialistischen Geschäftsinhabern ist auch der Ausgang entsprechender Plakate zurückzuweisen.

Von der Heidekrautbahn. Der Vertrag mit der Betriebsgesellschaft der Heidekrautbahn Reindorf-Liebenwalde läuft am 1. April 1913 ab. Diese Bahn ist bekanntlich eine sogenannte „Klingelbahn“, besitzt weder einen Anschlag in nördlicher Richtung an eine Eisenbahn noch 4. Klasse-Wagen, entschädigt aber die Fahrgäste für viele Mängel in der Zugfolge, schneller und pünktlicher Beförderung durch besonders hohe Preise. Diese sind an Wochentagen doppelt so hoch wie auf den Vorortbahnen und auch Sonntags noch höher als auf der Nordbahn. Die Heidekrautbahn“ erschließt den Kreis Niederbarnim. Dieser Kreis besitzt Aktien der Gesellschaft, die den Betrieb verpachtet hat. Zu den Aktionären gehören auch die Gemeinden Groß-Schönebeck, Liebenwalde, Wandlitz usw. In den Kreisen der Aktionäre ist man der Ansicht, daß die jetzigen Verhältnisse auf die Dauer unhaltbar sind. Man wünscht nicht nur billigere Fahrpreise, schnellere und bessere Zugfolge, einen Aufbau der Bahnhöfe, sondern auch die Weiterführung der Bahn nach Norden im Anschluß an den Großschiffahrtkanal Berlin-Stettin und vor allem die Einführung der Personenzüge nach dem Bahnhof Gesundbrunnen.

In der Sommerfrische ertranken ist der Kaufmann Karl Grasse aus der Jablonskistr. 27. G. weilt mit seiner nervenkranken Frau und seinem dreijährigen Sohne seit zwei Wochen in Mönchsmühle auf Uckerland. Vorgefunden badete er mit seinem Schwager, der ihn besuchte, in der Spree an einer Stelle, wo der Fluß infolge einer scharfen Biegung eine ziemlich starke Strömung hat. Obwohl die beiden Männer nicht schwimmen konnten, wagten sie sich weit in das Gewässer hinein. Sie gerieten an eine tiefe Stelle, verloren den Boden unter den Füßen und gingen unter. Die Ehefrau des kranken Gutes, die Frau des Unfalles, wurde sofort von dem Schwager mit ihr Tochter einen bereitliegenden Kahn und es gelang der mutigen Frau auch, den Schwager des Kaufmanns in dem Augenblick zu retten, als er wieder an die Oberfläche des Wassers kam. Angestellte Wiederbelebungsversuche waren glücklicherweise von Erfolg gekrönt. Grasse aber fand in den Wellen den Tod; seine Leiche konnte später von Fischern geborgen werden.

Unfall eines Professors. Beim Bestiegen eines fahrenden Straßenbahnwagens ist gestern nachmittag der am Rgl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium tätige Professor Dr. Max Pfeffer, Kaiserplatz 12a in Wilmersdorf wohnhaft, verunglückt. Dr. Pfeffer wollte am Potsdamer Platz auf einen Straßenbahnwagen der Linie 77 während der Fahrt aufspringen, glitt jedoch vom Trittbrett ab und kam zu Fall. Er schlug so heftig mit dem Kopfe auf das Straßenpflaster auf, daß er bewusstlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht, wo festgestellt wurde, daß

der Professor eine Gehirnerschütterung davongetragen hatte. Nachdem der Verunglückte wieder zum Bewußtsein gebracht worden war, wurde er nach seiner Wohnung geschafft.

Als Leiche gelandet wurde der Dreher Paul Pfeffer aus Berlin. Wie gemeldet, war Pfeffer vor wenigen Tagen auf dem Heimwege von einem Lokal vom Wege abgekommen und später fand man seinen Hut. Die Befragung, daß Pfeffer in der Dunkelheit an die Uferböschung der Spree geraten und ins Wasser gestürzt sein könnte, hat sich leider bestätigt. Gestern abend wurde die Leiche des auf so bedauerliche Weise ums Leben gekommenen Familienvaters ans Ufer geschwemmt und geborgen.

Wie uns mitgeteilt wird, ist Pfeffer an dem Unglücksabend nicht angetrunken, wohl aber stark aufgeregt gewesen.

Ueberfahren und getötet wurde gestern nachmittag der 2 1/2 Jahre alte Sohn Arnold des Stallmanns Laß aus der Wallstr. 48. Der Kleine spielte mit anderen Knaben an dem Sandbassin, der auf dem Mittelwege vor dem Hause Nr. 50 steht. Als er dann achlos über den Damm ging, lief er, ohne daß der Aufsicht etwas sehen konnte, vor das Hinterrad eines Rortelwagens, wurde überfahren und blieb bewußtlos liegen. Ein Arzt, den die Eltern gleich holten, konnte nur noch seinen Tod feststellen.

Unfall in Johannisthal. Bei den Flügen am heutigen Morgen ereignete sich in Johannisthal ein ziemlich schwerer Unfall. Foller war mit seinem Schüler, dem Oberleutnant zur See Rittker zu einem Lebungsfug aufgestiegen und hatte mehrere Kunden in 20 bis 30 Metern Höhe zurückgelegt. Als der Offizier, der die Steuerung bediente, landen wollte, ging er so steil bernieder, daß beim Auflegen auf dem Boden die Maschine sich zu überschlagen drohte. Oberleutnant Rittker riß deshalb den Eindecker nochmals in die Höhe, doch kam der Rotor, den der Führer vorher abgestellt hatte, in den wenigen Augenblicken nicht schnell genug auf Touren, so daß der Apparat nach hinten abrutschte und sich dann rückwärts überschlug. Foller und sein Schüler gerieten unter die Maschine, doch konnte sich der Holländer schon nach wenigen Augenblicken wieder unverletzt erheben. Oberleutnant Rittker hatte dagegen Verletzungen am Kopf, Rücken sowie an der Hand eine leichte Gehirnerschütterung erlitten und mußte mit dem kürzlich in Dienst gestellten Krankenautomobil des Flugplatzes nach dem Wrieger Kreiskrankenhaus übergeführt werden. Lebensgefahr liegt allem Anscheine nach bei dem verunglückten Offizier nicht vor.

Eine höchst mysteriöse Mordaffäre beschäftigt augenblicklich die Polizeibehörde und Staatsanwaltschaft. Am 6. Dezember 1910 gegen 6 Uhr früh fand ein Dienstmädchen den Gastwirt Albert Menzel in seiner in der Albanstr. 9 zu Charlottenburg gelegenen Schankwirtschaft tot auf. Die Leiche, die in einer großen Wulstade lag, wies eine Schußwunde an der linken Schläfe auf. Da die Sache damals nicht genügend aufgeklärt werden konnte, wurde der Erschossene beerdigt. Das Ermittlungsverfahren ruhte bis zum Anfang dieses Jahres. Um diese Zeit erstattete ein Gastwirt Thomas eine Anzeige, in der er behauptet, daß ein Arbeiter Ridel ihm eingekunden habe, den Menzel auf Anstifter von dessen Ermordung erschossen zu haben. Ein gleiches Jugenbündnis soll Ridel auch einem anderen Manne gegenüber gemacht haben. Auf Grund dieser Anzeige wurden Ridel und die Frau Menzel wegen Mordverdachts verhaftet. Die beiden Verhafteten bestreiten entschieden jede Schuld, Ridel will die fraglichen Äußerungen in der Trunkenheit getan haben. Die Frau Menzel behauptet, Ridel habe wiederholt Drohungen gegen sie ausgesprochen und ihr angedroht, er werde sie unglücklich machen, wenn sie ihn nicht heirate. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft fand vor einigen Tagen die Exhumierung der Leiche des Erschossenen statt. Frau Menzel hat nunmehr durch Rechtsanwalt Bahn eine Kaution von 20 000 M. für die Haftentlassung angeboten. Wie verlautet, sollen sich inzwischen neue Verdachtsmomente erhoben haben, über die aber vorläufig Stillschweigen gewahrt wird.

Ein gefährlicher Räuber, der seit einiger Zeit die Gegend der Oranienstraße unsicher machte, wurde gestern endlich auf frischer Tat ertrappt und festgenommen. Als die Zimmervermieterin Witwe A. aus der Prinzessinnenstraße 19 vormittags vom Einholen nach ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung zurückkehrte, folgte ihr ein junger Mensch die Treppe hinauf. Wenige Stufen vor ihrer Wohnung fragte er sie, ob sie nicht wisse, wo der Eisendreher Schmidt im Hause wohne. Frau A. wandte sich um und erwiderte, soviel sie wisse, wohne im Hinterhause ein Mann namens Schmidt. Kaum hatte sich die Frau dann wieder nach ihrer Tür gewandt, da packte sie der Kerl hintertrübs und entriß ihr das Portemonnaie, das sie in der linken Hand trug und das über 20 M. enthielt. Auf die Hilferufe der Frau eilten Arbeiter vom Hofe herbei. Als sie nach vorn kamen, eilte der Räuber gerade zum Hause hinaus. Er entfloß, von immer mehr Menschen verfolgt, die Prinzessinnenstraße und das Luisenufer entlang, bis er vor dem Kaufhaus Raahen von einem Schutzmann, der durch die Rufe der Verfolger aufmerksam geworden war, ergriffen wurde. Der Verhaftete entpuppte sich auf der Wade als ein 21 Jahre alter entpurrigener Fürsorgezögling namens Rudolf Schwab, der sich ohne Wohnung in Berlin umhertrieb und vom Raub lebte. Erst am vergangenen Sonnabend hatte der Räuber eine Frau in ähnlicher Weise in der Oranienstraße überfallen und im Kampf mit ihr seinen Hut eingebüßt. Die Frau hatte mitgeteilt, daß der Entkommene zu seinem abgetragenen Anzug keinen Schlips getragen habe. Der Hut, der der Polizei übergeben worden war, paßte nun dem Schwab genau, und es ergab sich weiter noch, daß er sich gleich nach dem Ueberfall in der Oranienstraße in der Gegend einen neuen Hut und außerdem noch einen Stragen und Schlips gekauft hatte. Als ihn nun die Ueberfallene auch noch bestimmt wiedererkannte, gab er auch diesen Raub und endlich auch die ganzen Räubereien in dem Viertel zu.

Brand in der Humboldt dampfmühle in Tegel. Die bekannte Humboldt dampfmühle ist gestern nachmittag von einem großen Feuer betroffen worden. Das Feuer ist in der Neumühle an der Schloßstraße im Erdgeschloß angeblich durch Selbstentzündung einer Entzündungsanlage um 1 Uhr mittags ausgebrochen. In kurzer Zeit nahm das Feuer eine solche Ausdehnung an, daß die gesamte Front nach der Schloßstraße zu vollständig in Flammen stand. Obgleich sofort von der Fabrikfeuerwehr mit vier Schlauchleitungen vorgegangen wurde, griff das Feuer mit unheimlicher Schnelligkeit weiter um sich. Auf die Meldung von dem Feuer rückten die Wehren der Maschinenfabrik von Vorfis, die Ortsfeuerwehren von Tegel, Heiligensee, Frohnau, Wittenau, Reindorf Ost und West, Wilhelmstrub, Hermsdorf und Waldmannslust zur Brandstelle aus. Ihnen schloß sich um 2 Uhr der 23. Automobilzöschzug an. Aus 15 Schlauchleitungen wurde sofort Wasser gegeben. Um 3 Uhr stürzten die an der Schloßstraße stehenden vierstöckigen Gebäude mit allen Maschinenanlagen zusammen. Zum Glück konnten sich noch kurz vor dem Einsturz sämtliche Feuerwehrlente in Sicherheit bringen. Auch alle Pferde und Wagen konnten gerettet werden.

Von der Höhe, die während des Brandes sich ringsherum bemerkbar machte, kann man sich kaum einen Begriff machen. Die schönen Alleebäume an der Schloßstraße und die Früchte in den angrenzenden Gärten mit der Umwehung sind total verbrannt. Ueberall, wo man hinsieht, sah man nichts als verholzte Gegenstände. Leider sind bei dem Brande zahlreiche Verletzungen vorgekommen, die aber nach Angabe der Samariter fast sämtlich leichter Natur sein sollen. Gegen 6 Uhr war die Gefahr für die angrenzenden

den Gebäude beseitigt. Die Abfällungs- und Aufräumungsarbeiten nahmen natürlich noch viel Zeit in Anspruch.

Die Mitglieder der Kinderkommission, die sich zur Besichtigung der Erziehungsanstalt Urban in Jeshendorf gemeldet haben, treffen sich am Sonntagmorgen 2 Uhr im Lokal von Riedel in Jeshendorf, Karlstr. 12. Punkt 9 1/2 Uhr beginnt die Besichtigung. Die Tage fahren in Zwischenräumen von 10 Minuten vom Potsdamer Vorortbahnhof und Groß-Weichenstraße. Zu fahren ist bis Jeshendorf-Mitte.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte in ihrer letzten Sitzung am Mittwoch eine große Reihe von Vorlagen ohne erhebliche Debatte. Die Forderung von 500 M. als Garantieverpflichtung für die auf dem Bismarckplatz stattfindenden Festspiele zur 500-Jahresfeier des Einzuges der Hohenzollern in die Mark Brandenburg wurde abgelehnt, da auch dem größten Teil der Liberalen in dieser Richtung nachgerade das Gule zuviel geschieht. Erwähnenswert sind die beiden Vorlagen behufs Errichtung neuer Zweigstellen der Volkshilfskassen, eine auf dem Sadignyplatz und eine in der Kaiserin-Augusta-Allee. Mit der letzteren wird auch eine Ruffaliansausleihsstelle verbunden, wodurch einem starken Bedürfnis entgegengekommen und einem lebhaften Wunsch der Stadtverordnetenversammlung entsprochen wird. Diese Ruffaliansausleihsstelle richtet die Stadt nicht selbständig ein, sondern sie geht dem Berliner Kontinentalverein jährlich 2500 M., wofür dieser die neue Ruffaliansausleihsstelle mit einem Grundstock von 2000 Nummern (Nolen und musikwissenschaftliche Werke) ausstattet, außerdem den Bewohnern Charlottenburgs die unentgeltliche Mitbenutzung seiner 14000 Bände umfassenden Bibliothek in der Zietenstraße 27 zu Berlin gestattet und die Ausgabe der Ruffalians durch zwei seiner Beamten an drei Wochentagen während je dreier Nachmittagsstunden bewirkt. Die neue Ausleihsstelle in der Kaiserin-Augusta-Allee bietet auch genügenden Raum für die Einrichtung einer Zeitungsbibliothek, womit zur Erfüllung eines alten Wunsches der Stadtverordnetenversammlung nunmehr wenigstens der erste Schritt geschieht.

Ebenfalls Zustimmung fand nach dem Bericht des Ausschusses die Vorlage über die Beteiligung an der Errichtung eines deutschen Stadions. Die Gesamtkosten des Stadions werden sich auf zwei Millionen Mark belaufen. Der Unionklub, der das Stadion nach seiner Fertigstellung dem deutschen Reichsausschuss für olympische Spiele E. W. zur ausschließlichen Benutzung überlassen will, verlangt von der Stadtgemeinde die Uebernahme einer Zinsgarantie in einer Höhe von jährlich 15000 M. Hierfür soll der Stadtgemeinde das Stadion mit seinen sämtlichen Einrichtungen, insbesondere auch das Schwimmbassin, an allen Tagen, an denen keine öffentlichen Veranstaltungen stattfinden, zur freien Benutzung überlassen werden. Außerdem wird es in den Monaten April bis Oktober an mindestens 120 Tagen, wovon sich sechs Sonntage befinden müssen, der Stadt zur Verfügung stehen. Die Stadt kann auch öffentliche Vorstellungen auf dem Stadion veranstalten oder durch Schulen und Vereine veranstalten lassen. In die für die Verwaltung des Stadions eingesetzte Finanzkommission tritt je ein Mitglied des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung ein. Im Ausschuss wurde vom Magistrat die bindende Erklärung abgegeben, daß für die Vergabe des Stadions an Vereine keine anderen Grundzüge in Frage kommen sollen, als sie jetzt für die städtischen Spielplätze gelten. Dadurch ist die Verhandlung der Arbeitersport- und Arbeiterturnvereine nach dem Grundsatze gleichen Rechtes gewährleistet. Bei dem notorischen Mangel an Spielplätzen und Schwimmgelegenheiten in unserer Stadt ist die Errichtung und Freigabe des Stadions nur zu begrüßen. Deshalb stimmten auch unsere Genossen der Vorlage zu.

Eine besondere Diskussion entfielte dann noch die Vorlage, die zur Herstellung einer Akkumulatorenbatterie und einer Moore-Lichtbeleuchtung für den Stadtverordnetenversammlungssaal 21000 M. verlangt. Die Akkumulatorenbatterie, die 6000 M. kostet, soll dazu dienen, falls durch eine Störung im Elektrizitätswerk der Strom ausbleibt, die Beleuchtung aufrecht zu erhalten und dadurch die Weiterführung der Verhandlungen zu ermöglichen; die Moore-Lichtbeleuchtung, deren Einrichtung 15000 M. kostet, soll über der Glasdecke angebracht werden, wodurch man eine gleichmäßige Helligkeit von sehr angenehmer Lichtwirkung zu erreichen hofft. Die sonst sehr todesfüchtigen bürgerlichen Herren Stadtverordneten erklärten sich aber mit der vorhandenen Beleuchtung zufrieden und äußerten auch ein unbegrenztes Vertrauen zur Sicherheit des Betriebes des städtischen Elektrizitätswerkes, so daß die Einbauung der Akkumulatorenbatterie eine übertriebene Sicherheitsmaßregel sei. Diefelben Herren, die bei anderen Gelegenheiten sehr leichtfertig nicht nur Hunderttausende, sondern sogar Millionen ausgeben, glaubten hier einmal sparen zu können und ergingen sich in Lobeserhebungen über die gegenwärtige Beleuchtung. Ueber 40 Millionen beträgt bereits der Charlottenburger Etat; kommen noch diese 20000 M. hinzu, so läge Gefahr vor, nicht mehr mit 100 Proz. Einkommensteuereinzug auskommen zu können. Die Vorlage wurde schließlich einem Ausschuss überwiesen, dem von unseren Genossen die Stadtverordneten Piefich und Vogel angehören.

Wilmerdorf-Palensee.

Die Stadtverordnetenversammlung hielt am Mittwoch ihre letzte Sitzung vor den Ferien ab. Bevor man in die eigentliche Tagesordnung eintrat, kam der Vorsitzende Dr. Koch auf einen Zwischenfall in der vorigen Sitzung zurück. Stadtv. Dr. Wolff hatte in der Erörterung über die Verwendung des Joachimsthalschen Grundstücks gesagt, daß er in seinem Ehrenamte nie Privatinteressen wahrgenommen habe, jedoch von anderen Stadtverordneten das Gegenteil beweisen könne. Der Vorsitzende erklärte, daß ihm diese Behauptung in der Unruhe entgangen sei, sonst würde er sie gerügt haben. Hiermit ist allerdings immer noch nicht festgestellt, ob Herr Dr. Wolff gesonnen ist, seine Deutung wahr zu machen und eine Anschuldigung zu bekräftigen, die am wenigsten doch ein Jurist in die Welt schleudern wird, wenn er sie nicht beweisen kann.

Die Versammlung nahm hierauf eine Magistratsvorlage an, wonach die Stadtgemeinde am 1. April 1913 aus der Brandenburgischen Witwen- und Waisenversorgungsanstalt auszuscheiden und bis dahin einen eigenen Fonds für die Versorgung ihrer Beamten-Witwen und Waisen zu gründen hat.

Sodann befaßte man sich in zweiter Beratung mit der Magistratsvorlage betreffend den Erwerb des neuerbauten Elektrizitätswerkes, und hieran schloß sich die zweite Beratung einer anderen Magistratsvorlage betreffend den Abschluß eines Vertrages mit der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen über die Lieferung der elektrischen Energie für die Berlin-Wilmerdorfer Untergrundbahn.

Der Magistrat hatte in seiner Vorlage den Ankauf des Werkes empfohlen, wogegen die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung von diesem Schritt nichts wissen wollte. Als die Angelegenheit nach der ersten Lesung an den Finanzausschuss verwiesen wurde, hatte der Magistrat sich bereits eines anderen Besonnen und auf die Uebernahme verzichtet. Es kam nun ein Nachtragsvertrag zu dem am 22. Juni 1910 mit der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen abgeschlossenen Vertrag zustande, wonach diese Gesellschaft das neuerbaute Werk der Elektrizitätswerk Südwest-Aktiengesellschaft zu übergeben hat; diese Gesellschaft bleibt bis zum Jahre 1928 im Besitze des Werkes. Als Gegenleistung für den Verzicht auf den Erwerb verpflichtet sich die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, der Stadt Wilmerdorf von deren bis zum 30. Juni 1913 zu treffenden Wafst entweder 400 000 Mark Aktien des 7 500 000 Mark betragenden Aktienkapitals zum Kurse von 150 Proz. zu überlassen oder der Stadt eine Vorentscheidung in Höhe von 400 000 M. auszugeben. Für alle etwa entstehenden Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen oder der Elektrizitätswerk Südwest-

Aktiengesellschaft einerseits und der Stadt Wilmerdorf andererseits soll ein Schiedsgericht zuständig sein, jedoch steht beiden Vertragsschließenden gegen die vorläufige Entscheidung der ordentliche Rechtsweg zu.

Der Berichterstatter Stadtv. Hartung suchte eingehend darzulegen, daß dieser neue Vertrag das vorteilhafteste sei, wenn man berücksichtige, daß die Gesellschaft Südwest bis 1928 vertraglich noch das Recht habe, die Kabelanlagen in den Straßen Wilmerdorfs zu benutzen; eine Uebernahme des Elektrizitätswerkes hätte sich nur dann empfohlen, wenn es möglich gewesen wäre, sich wegen eines gemeinsamen Betriebes mit der Stadt Schöneberg zu einigen. Wenn Wilmerdorf nun auf die zum Kurse von 150 Proz. erworbenen Aktien, was zu erwarten sei, 18 bis 14 Proz. Dividende jährlich erhalte, so mache es jedenfalls ein vorteilhaftes Geschäft.

Stadtv. Schröder (Soz.) erklärte, daß nach seiner Meinung die Wirkung des neuen Vertrages namentlich in späteren Jahren nicht so günstig sein werde, wie es jetzt den Anschein habe. Über hieron abgesehen, vertrete er die Auffassung, daß eine Stadtgemeinde grundsätzlich öffentliche Werke in Besitz zu nehmen und auf eigene Rechnung zu betreiben habe. Die beiden zur Beratung stehenden Vorlagen wurden nach einer Entgegnung der Stadtv. Freidig und Hartung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten angenommen.

Weiter beschloß die Versammlung die Einsetzung einer gemischten Deputation für die Durchführung des Seeparkprojekts.

In geheimer Sitzung wählte die Versammlung eine gemischte Deputation für die Vermertung des Joachimsthalschen Gymnasialgrundstücks. Dieser Deputation gehört u. a. Genosse Schröder an.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorstand sowie die verschiedenen Ausschüsse über ihre Tätigkeit im letzten Geschäftsjahre Bericht. Zu einer lebhaften Erörterung kam es über den Bericht des Bildungsausschusses, doch wurde diese Angelegenheit sowie die Berichterstattung der Stadtverordneten der vorgelassenen Stunde wegen Vertag. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden H. Schröder, zum 2. Vorsitzenden O. Riedel, zum Kassierer A. Goddäus, zum 1. Schriftführer R. T. L. u. K. u. M., zum 2. Schriftführer A. Riedel, zu Beisitzern Gladigow und Frau Markewitz.

Denksäule.

Vom Tode des Ertrinkens gerettet. Vorgestern abend gegen 1/2 9 Uhr fiel die 9 Jahre alte Tochter des Portiers Lindner, Steintischstr. 4, beim Spielen in den Stichtanal an der Leupziger Weide. Der vorübergehende Elektrotechniker Artur Erpf sprang sofort nach, und rettete das Kind, welches das Bewußtsein verloren hatte, vor dem sicheren Tode. Wiederbelebungsvorläufe, die sofort angestellt wurden, waren von Erfolg gekrönt.

Steglich.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Biedel den Jahresbericht des Vorstandes. Die Vorbereitungen zur Reichstagswahl und zur Gemeinbewahl nahmen einen großen Teil der Jahresarbeit in Anspruch. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Ausbau des Vortragswesens gewidmet. In den 12 Wahlvereinsversammlungen wurden neun Vorträge gehalten. In den 11 Wahlabenden wurden ebenfalls regelmäßig kurze Vorträge über leicht faßliche, zur Diskussion anregende Thematika gehalten, und zwar in allen 11 Bezirken gleichzeitig über das gleiche Thema. Für die Referate wurden rednerisch befähigte Genossen des Wahlvereins herangezogen, denen mehrere Wochen vor dem Vortrage von einem erfahrenen Genossen über den Aufbau, über die leitenden Gedanken und über die vorhandene Literatur ein instruktives Referat gehalten wurde. Diese Einrichtung hat sich sehr gut bewährt, die Zuhabenden sind dadurch nützlich gefördert worden. Auch in den 10 Frauenleseabenden wurden regelmäßig Vorträge gehalten. Der Versammlungsbefuch war nicht immer befriedigend. Die Bibliothek umfaßt 284 Bücher und 140 Vorklären, sie wurde 281 mal benützt. Es fanden 14 öffentliche Versammlungen und 17 Flugblattverbreitungen statt. Zur Gewinnung von Parteimitgliedern, Vorwärtslesern und Mitgliedern für einen Verein Arbeiterjugendheim wurden drei Hausagitationen vorgenommen, die aber leider nicht den erhofften Erfolg brachten. Trotzdem 288 Aufnahmen für den Wahlverein gemacht wurden, stieg die Zahl der Mitglieder nur um 45, die Zahl der Wortwärtler um 145. Die Neuwahlen ergaben folgende Zusammensetzung des Vorstandes: 1. Vorsitzender: W. Alfermann, 2. Vorsitzender: B. Biedel, 1. Kassierer: H. Spieghardt, 2. Kassierer: H. Bernice, 1. Schriftführer: R. Peters, 2. Schriftführer: G. Jechert, Beisitzer: A. Jachow, Beisitzerin: Frau Weiser, Bibliothekar: F. Arng.

Nachdem der Bildungs- und Jugendauschuss seinen Jahresbericht gegeben hatte und die Genossin Schulz sowie die Genossen Haenisch und Biedel in den Austausch wiedergewählt waren, gab noch eine von Genossinnen gebildete Kommission für Kinderferienspiele bekannt, daß während der großen Schulferien jede Woche Dienstags, Donnerstags und Freitags Spiele und Ausflüge unternommen werden, wozu sich die Kinder nachmittags um 1/2 9 Uhr am Bahnhof (Erleischungshalle) treffen.

Ober-Schönweide.

Die Gemeinde-Fußbadeanstalt ist nunmehr in Betrieb genommen worden; die Badezeiten sind wie folgt festgesetzt worden: für Herren 6—10 Uhr vormittags und 12—3 und 5—8 Uhr nachmittags; für Damen 10—12 Uhr vormittags und 5—8 Uhr nachmittags. Gebühren werden erhoben für Erwachsene 10 Pf., mit Jellendebungung 20 Pf., für Kinder 5 bzw. 10 Pf.

Die Wahl des befohlenen und der beiden unbesetzten Schöffen soll am 2. Juli durch die Gemeindevertretung vorgenommen werden. In derselben Sitzung wird auch über die Gültigkeit der sechs Gemeindevortretterwahlen Beschluß gefaßt werden. Die Einführung derselben in der gleichen Sitzung wird jedoch nicht stattfinden, da gegen diesen bislang geübten Brauch in der letzten Sitzung Einwendungen gemacht wurden, sie dürfe sonach erst nach den Ferien stattfinden.

Petershagen bei Fredersdorf.

In der Gemeindevortretterwahl wurden die Vorschläge für die zu errichtende Leichenhalle sowie für eine Abortanlage auf dem Schulgrundstück vorgelegt und beschloffen, zur Einweisung von Kostenausschlägen öffentlich aufzufordern. Für die Pflasterung des Eggersdorfer Weges vom Flich bis zum vorhandenen Pflaster waren zwei Offerten eingegangen. Bei dieser Gelegenheit produzierte sich der Schöffe Herr Dreske wieder einmal als Kapitolwächter, indem er wünschte, daß die doch bereits beschlossene Pflasterung bis zum Frühjahr verschoben werden sollte, da einmal die Gemeinde schon genügend befaßt sei, andererseits aber von Fredersdorf neue Projekte bezüglich des Schausiedebaus von Volkersdorf nach Eggersdorf gemacht worden seien. Demgegenüber betonten unsere Genossen, daß die Gemeinde nachgerade seit 13 Jahren genug gekostet worden sei und ihre Angelegenheiten schließlich selbst durchzuführen versuchen müsse. Lediglich aus dem Grunde, um Gewinnsucht zu schaffen, was der Kreis und die Provinz eventuell für Verluste leisten, erklärten sich unsere Genossen einverstanden, daß die Angelegenheit auf kurze Zeit zurückgestellt wird. Betreffend Zuführung von elektrischem Strom durch die Stadt Lichtenberg wurde beschloffen, innerhalb einer bestimmten Frist von dieser eine Erklärung zu verlangen, wann resp. ob sie die Sache in Angriff zu nehmen gedenkt. Von einem Grundbesitzerverein in Petershagen war ein Antrag eingegangen, beim Postamt in Neuenhagen vorstellig zu werden, daß bei Aufstellung und Abholung von Postkassen das Dorf und die Kolonien gleichmäßig behandelt werden sollen. Von unseren Genossen wurde der Antrag dahin erweitert und von der Vertretung auch angenommen, daß an die zuständige Postbehörde das Schreiben gerichtet wird, einen Nachbarortverlegr zwischen Fredersdorf, Petershagen mit seinen Kolonien sowie Neu-Vogelsdorf einzurichten. Bekannt gegeben wurde noch, daß der von den Gemeinden Petershagen und Eggersdorf gestellte Antrag auf Abtrennung vom Amt

Fredersdorf und Errichtung eines eigenen Amtsbezirkles vom Landrat abgelehnt worden ist.

Pantof.

Die Diebe, die in der letzten Gemeindevortretterwahl gelegentlich der Beschlußfassung über die Gültigkeit der Nachwahlen im Mai von unserem Redner den bürgerlichen Wahlmännern verabschiedet wurden, haben gefesselt. Die Empfänger quittieren hierüber im hiesigen Ortsblatt. Herr Herbert Schmidt, Vorsitzender der Ortsgruppe Pantof vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, und ein Herr B. e. h. e. stellen sich in einem „Eingefand“ der „Neuen Vorzeitung“ als die Leiter des „Arbeitsausschusses des Wahlmittels der bürgerlichen Vereine“ vor. In dieser Eigenschaft fühlen sie sich verpflichtet, „sachliche Urtheile“ zurückzugeben. Sie tun dies denn auch in der tiefen Herrschaften eigenen Art, wobei es auf ein paar Verdrehungen und unwohler Behauptungen nicht ankommt. So wenden sie sich unter anderem gegen die Feststellung unseres Redners, daß bei der Nachwahl von bürgerlicher Seite Terrorismus schärfster Art gegen die Beamten in Anwendung gebracht wurde. Die fortgesetzte Mahnung an letztere, daß „Wahlwähler die Sozialdemokratie unterstützen“, sei lediglich erfolgt, um eine Schwächung der bürgerlichen durch Fernbleiben von der Wahl zu verhüten. „Jugendweicher Terrorismus“ sei dadurch wahrlich nicht ausgeübt worden. „Dann folgen einige Schamlosigkeiten über sozialdemokratischen Terrorismus und Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der sozialdemokratischen Partei, was mehrere unrichtige und verdrehte Pläne aus Varietoprotokollen zu belegen versucht wird. Hierauf wird dann weiter die unwahre Behauptung aufgestellt, unser Redner habe den Bürgerlichen zum Vorwurf gemacht, daß sie bei der Wahl geschleppt hätten. Tatsächlich ist aber nicht gegen das Schleppten an sich — was völlig widersinnig gewesen wäre — sondern gegen die terroristische Art und Weise, in der dies geschehen ist, mit vollem Recht Einspruch erhoben worden. Am Schluß ihres Elaborats versichern dann die Herren Einfender überflüssigerweise, daß sie auch bei zukünftigen Wahlen in derselben Weise wirksam zu sein gedenken. Ein anderes „Eingefand“ in derselben Nummer, auf dessen bloßes Geschwafel ein Eingehen sich nicht verlohnt, stammt von den sogenannten „Drei Betreuer“, die schon in der Wahlbewegung durch ihren damals im Ortsblattigen verapzopten Anfin zu Heiterkeit anregten. Noch einige Worte an die „Neue Vorzeitung“. In ihrem Bericht über die letzte Gemeindevortretterwahl nahm sie sich sehr warm ihrer von unserem Redner hart mitgenommenen freiwilligen Mitarbeiter an. Das kann hier nicht verübelt werden. Wenn sie aber sagt, daß es von unserem Redner nicht an Mähe war, mit ironischer Betonung vom „unparteiischen“ Ortsblatt zu sprechen, da sie zur Geringe ihre Unparteilichkeit bewiesen, so muß doch darauf verwiesen werden, daß die „Neue Vorzeitung“ allerdings seit etwa einem Jahre unserer Partei gegenüber gegen früher etwas zurückhaltender war, daß aber in letzter Zeit diese Besserung im Schwünne begriffen zu sein scheint. Denn dadurch, daß jetzt in der Rubrik „Eingefand“ unter Auschluss der redaktionellen Verantwortlichkeit auf unsere Partei lustig losgedroschen wird, ist an der Sache selbst wenig geändert. Und unser Redner war schon im Recht, wenn er diese Art „Unparteilichkeit“ ironisch behandeln zu müssen glaubte.

Nowawed.

Beim Gewerkschaftsfest am Sonntag ist auf dem Festplatz eine Tachenuhr verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe beim Genossen Biete, Prieselstr. 40b abzugeben.

Eine neue Kirche will die evangelische Friedrichslichgemeinde auf dem an den alten Friedhof grenzenden Teil des Plantagenplatzes, den sie vor Jahren von der politischen Gemeinde gegen den Protest der sozialdemokratischen Gemeindevortretter als Geschenk erhalten hatte, erbauen. Mit dem Bau soll spätestens im nächsten Frühjahr begonnen werden. Da damit jedenfalls ein noch schärferes Ansehen der Kirchensteuerhaupe verbunden sein wird, so frecht mit Sicherheit eine Zunahme der Austrittsbewegung zu erwarten.

Französisch-Buchholz.

Die Gemeindevortretterwahl genehmigte in ihrer letzten Sitzung zunächst den Abschluß eines Vertrages mit der Firma Simon u. Co. betr. Pflasterung der Wasserwall Strahs. Die Arbeiten sind bereits seit vier Wochen in Angriff genommen und müssen am 1. September dieses Jahres fertiggestellt sein. Ueber einen bereits am 9. April verhandelten und einstimmig abgelehnten Antrag auf Bewilligung eines Vertrages zur Rationalisierung hatte die Vertretung abermals zu beraten. Unser Genosse beantragte wiederum Ablehnung des Antrages. Diefmal hatten jedoch sieben bürgerliche Herren ihr patriotisches Herz erwidert; mit sieben gegen fünf Stimmen wurde beschloffen, 200 M. aus Gemeindegeldern zu bewilligen. Vor einiger Zeit wurde die Straßenbahn ersucht, des Abends vor dem Buchholzer Wagen den Panlower Einsteigwagen fahren zu lassen; das wurde von der Gesellschaft abgelehnt mit der Begründung, daß dadurch der Nieder-Schönhäuser Verkehr gehindert würde. Des weiteren lehnte die Gesellschaft ab, abends nach 9 Uhr den 20 Minuten-Verkehr einzurichten.

In geheimer Sitzung wurde der mit dem Ingenieur Dieck wegen Ausarbeitung des Kanalisationsprojektes abzuschließende Vertrag beraten und festgelegt, daß die Ausarbeitung in fünf Monaten fertiggestellt sein soll. Mitgeteilt sei, daß Franz-Buchholz seit einigen Wochen zum Postbezirk Groß-Berlin gehört; es besteht dadurch mit den dazu gehörigen Orten der 5 Pf.-Larif.

Zernsdorf.

Am Sonntag, den 30. Juni, feiert der Gesangverein „Freie Sänger“ sein neuntes Stiftungsfest in dem und einzig zur Verfügung stehenden freien Lokal von J. Knorr. Da für reichliche Unterhaltung bestens gesorgt ist und der Verein auch jederzeit der Partei und den Gewerkschaften zur Verfügung steht, werden die Parteigenossen und Sangesfreunde ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Am Sonntag, 30. Juni: Vadebarthe nach dem Wannsee. Treffpunkt für Tempelhof: 1 Uhr Friedrich-Karl-Str. Ode-Platz; für Mariendorf: 1/2 9 Uhr Bahnhof Mariendorf. Abmarsch von hier 1/2 9 Uhr nach Tempelhof Steglitz. Fahrgeld hin und zurück 20 Pf. Vadezug mitbringen.

Briefkasten der Redaktion.

H. N. 100. Die Anzahl der Koninklischen und Unteroffiziere sind im Etat festgesetzt. Die Zahl der Offiziere richtet sich nach der Stärke der Batterie. — Lorenz 22. Im Dezember 1912? — R. B. 28. Der Dienstag und zweite Mittwoch im Monat ist der Partei, der Donnerstag den Gewerkschaften zu Veranstaltungen und Versammlungen reserviert; alle übrigen Tage unterliegen der freien Vereinbarung. — Willi R. Für die Unterbeamtenlaubbahn penkt Gemeindefeldbildung. Zur Karriere in der mittleren Beamtenlaubbahn gehört mindestens das Reifezeugnis zur ersten Klasse einer jedesfallsigen öffentlichen höheren Lehranstalt. — J. G. 112. Aluminium erfordert beim Löten eine besondere Sorgfalt. Ein Nachmann wird Ihnen darüber Auskunft geben können. — G. J. 1. Und ist Nachteiliges nicht bekannt. Im übrigen lehnen wir ausdrücklich über geschäftliche Unternehmungen ab. — A. G. 100. Im Abreißbuch II. Teil finden Sie die gewünschten Vereine verzeichnet. — W. M. 1990. Rein. — W. B. 100. und R. 14. Wenden Sie sich an die Zentrale für Auswanderer, Reichsbad 9/10. — G. 1. Sie müssen die Liste der Herrn Kollektor einsehen. — C. B. 42. Wenden Sie sich an das Wasserbauamt in der Alten Jakobstraße. — B. 100. Die Buchhandlung Vorwärts wird Ihnen auf Einsuchen einschlägige Werke nennen. — G. 100. — 22. Juli. — C. B. 57. Rein. Sie und Ihre anderen benachteiligten Geschwister können nach dem Tode der Mutter den Vorschlag verlangen. — H. J. 1. Ja, falls große Unbanbarkeit nachgewiesen werden kann. 1. Der Gerichtsnotarvorspruch würde 150 M. betragen. — G. B. 216. 1. Der Beschuldigungsgrund wegen Geldstrafenfreit entsteht erst, falls diese drei Jahre andauernd und unheilbar ist. 2. Ja, falls das Geld aus Ihren Mitteln hingegeben ist und die Gegenseite Rückzahlung nicht beweisen kann. — D. 1. 1. Ja, 14 Tage. 2. Ja. — W. B. 20. 1. Ja. 2. Zur Vermählung unrichtiger, vielleicht höherer als nach dem tatsächlichen Verdienst zulässiger Einschätzung ja. — B. G. Sie haben u. U. Anspruch auf 14tägige

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 1. Juli cr., abends 8 Uhr:

Außerordentliche Branchen-Versammlung

in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstr. 21:

Tagesordnung:

„Die Unfallgefahren in der Holzindustrie.“
Referent: Kollege A. Rath-Wandern.

Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Da zu dieser Versammlung die Vertreter der Berufsgenossenschaften und Gewerbeinspektionen eingeladen sind, erwarten wir von den Kollegen, daß Mann für Mann erscheint.

Die Wander-Ausstellung: „Die Unfallgefahren in der Holzindustrie“ im „Gewerkschaftshaus“ (Saal 3) ist täglich geöffnet von 9-1 und 4-9 Uhr. Sonntags von 9-1 Uhr.

Die Kommission.

Modell- und Fabriktschler.

Montag, den 1. Juli cr., abends pünktlich 8 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Güth über:

„Die Krankenkassen in der Reichsversicherungsordnung“.

2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Die Modelltschler sind zu dieser Versammlung hierdurch besonders eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Geschäftsstelle: O. 54, Rudolfsstr. 10. — Fernspr.: Mini Norden 4518.

Sonntag, den 30. Juni 1912, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Verbandsangelegenheiten.

Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonabend, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Fortsetzung der

Außerordentlichen General-Versammlung

vom 8. Juni.

Tagesordnung: Bericht der Finanzausschüsse, Wahl der Kuratoriumsmitglieder für den Arbeitsnachweis. — Die Mitglieder werden dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Verwaltung.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 30. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Versammlung

der

Dachdecker und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:

Welche Stellung nehmen wir jetzt zu dem Verhalten unserer Arbeitgeber ein. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 30. Juni.

1. Abt.: 5 Uhr: Prieses (Bruder).

1 Uhr: Schmiedewitz (Road). Start: Bülowsstr. 58.

2. Abt.: 5 Uhr: Keupitz (Tornados Weg), 12 Uhr: Schenkendorf (Pätzsch).

Start: Schönleinstr. 6.

3. Abt.: 6 Uhr: Bergisch (Dampfschiff), 1 Uhr: Rahnsdorf (Neuer Krug). Start: Zauliger Weg 11.

4. Abt.: 6 Uhr: Lanke (Kieker), 1 Uhr: Goringen. Start: Rühriner Platz.

5. Abt.: 6 Uhr: Dranientour, 10 Uhr: Vellen. Start: Giesham.

6. Abt.: 6 und 12 1/2 Uhr: Bandhügel (Seehung, Wadentour). Start: Dderberger Str. 28.

7. Abt.: 5 Uhr: Märstenwalde — Nauener Berg, 1 Uhr: Friedrichshagen (Kavensteiner Mühle). Start: Schulstr. 29.

8. Abt.: Nachts 1 Uhr: Rheinsberg (Böber), 8 Uhr: Goringen. Start: Levetowstr. 21.

Jugendliche Bundesgenossen! Die Tour nach Neudabendorf fällt aus, dafür 8 Uhr: Hegenhals (Wabelour). Start: Straßener Brücke 3.

Reinickendorf.

1. Abt.: 8 Uhr: Wannsee. Start: Schornweberstr. 37.

11/19

Amt III, Berliner No. 2520

Humor-Quartett

Gg. Trener Kastanienallee 48

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Kenner sagen:

Die wohlschmeckendsten und besten Suppen sind die von Knorr!

3 Teller Suppe für 10 Pfg.

Probieren heißt, sich überführen

Sommer-Kleidung



Besonders preiswert:

Helle Tussor-Sakkos	5.50	6.50	7.50 M.
Helle Tussor-Anzüge	16.—	18.—	21.— M.
Lustre-Anzüge	25.—	28.—	32.— M.

Jagdleinen-, Tennis-, Rohseiden-Kleidung

Lustre-Sakkos

Leineweber

Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktische Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei

Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neutölln: Bergstr. 66

Nähe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße. am Friedrichshain. (Rixdorf) am Ringbahn.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Lewinsohn's

Saison-

Ausverkauf

Rosenthaler Str. 40-41

Hackescher Markt.

Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.



Stauend billige Angebote!

Nur kurze Zeit solange Vorrat

Damen-Stiefel

schwarz im Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons	jetzt nur	4.75
schwarz Chevreau mit Lackkappe, schlanke u. breite Fassons	jetzt nur	5.95
schwarz prima Chevreau mit, auch ohne Lackkappe, die elegantesten Fassons, Goodyear Welt, jetzt nur		7.95
braun Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons	jetzt nur	5.95
braun la Chevreau mit Lackkappe, breite u. schlanke Fassons	jetzt nur	6.75

Halbschuhe

Damen, schwarz Chevreau mit Lackk., jetzt nur		3.95
braun Chevreau mod. Fassons, jetzt nur		4.25
schwarz Derby, große Ges. Lackk., jetzt nur		4.95
braun Chev., Derby mit Lackk., jetzt nur		4.95
Lack-Halbschuhe amerikanisch, Fassons, jetzt nur		5.95

Herren-Stiefel

schwarz Rindbox - Schnürstiefel, breite Fassons, kräftig, Straßestiefel, auch Zug u. Schmalie	jetzt nur	5.95
schwarz Chevreau - Schnürstiefel mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons	jetzt nur	6.95
schwarz Chevreau - Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt	jetzt nur	8.95
braun Chevreau - Herrenstiefel, schlanke und breite Fass., jetzt nur		6.95
braun la Chevreau - Herrenstiefel, neueste Formen	jetzt nur	7.95

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel				
20-24	25-26	27-30	31-36	
1.55	2.95	3.25	3.75	
braun, mit Lackkappe, Normalfassons				
21-24	25-26	27-30	31-36	
2.95	3.45	3.75	4.25	

Rindleder-Sandalen

20-24	25-26	27-30	31-35
1.95	2.25	2.55	2.75
35-42	43-45		
3.35	3.85		

Hausschuhe

in Leder mit Absatz für Damen 1.65

Hausschuhe

in Leder mit Absatz für Herren 1.95

Lewinsohn

Rosenthaler Str. 40-41

Hackescher Markt.

Prompter Versand nach außerhalb Umtausch jederszeit.